

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis, durch die Post bezogen, pro Quartal 1 Mk. Anzeigenpreis die 3 gepaltene Zeile 40 Pfg. Telefon Nr. 535

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung: Duisburg, Seitenstraße 19. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Abonnementsbestellungen etc sind an die Geschäftsstelle Seitenstraße 19 zu richten

Selbstachtung.

Ziel Maßen für ich oft erleben
Bon: Eochmut, den der GroÙe lübt;
Der GroÙen Hochmut wird sich oeben,
Vom um're Arleheret sich gibt.
Bürg. r.

Aus Selbstachtung entspringt notwendig auch Selbstgefühl, Selbstvertrauen und Selbstständigkeit. Wer sich aber nicht selbst achten kann und sich aber doch Ansehen in der Welt gewinnen will, der muß notgedrungen alle Mittel der Beehrung, Kriecherei, und Schmeichelei aufbieten, um sein Ziel zu erreichen. Menschen dieser Art, deren es leider viele gibt, sind die gemeinschädlichsten im Staate

Bodenstedt

Krankenkassen-Kongreß.

Am 11. und 12. Mai fand in den Germaniafälen zu Berlin ein Krankenkassenkongreß statt, der einen außerordentlich starken Besuch aufwies. Die „Vanguerwerkstatt“, das Organ unseres Bruderverbandes der christlichen Bauarbeiter, bringt über den Kongreß folgenden Bericht. Vertreten waren 764 Kassen mit 4 781 633 Mitglieder durch 1115 Delegierte. Die Kassen verteilten sich auf 566 Ortskrankenkassen, 20 Spenungskrankenkassen, 96 Betriebskrankenkassen und 77 freie Hilfskassen. Ein Drittel der Delegierten waren Arbeitgeber. Da wir in Deutschland insgesamt über 11 Millionen Versicherten in den Krankenkassen haben, kann der Kongreß zwar nicht als eine allgemeine Veranstaltung angesehen werden. Den größten Prozentsatz der Vertretenen bildeten die Ortskrankenkassen mit 4 156 000 Mitgliedern. An Mitgliedern überhaupt haben sämtliche Ortskrankenkassen Deutschlands 5 637 390. Am schwächsten vertreten waren die Betriebskrankenkassen.

Der Kongreß befaßte sich mit der Reform der Arbeiterversicherung und der Selbstverwaltung der Krankenkassen. Es läßt sich nicht leugnen, daß der gegenwärtigen Arbeiterversicherung große Mängel anhaften; Mängel verwaltungstechnischer Art, in der Leistung und deren Festsetzungsart. Die drei großen Versicherungsarten sind vollständig voneinander getrennt, und ist ihr Aufbau ein grundverschiedener. Bei allen Sozialpolitikern und Interessierten dürfte darin vollständige Einigkeit bestehen, daß, wenn heute die Arbeiterversicherung noch einmal zur Einführung gelangte, eine derartige Trennung nicht die Zustimmung erlangen könnte. Der enge Zusammenhang zwischen Krankheit und Invalidität, die Wirkung der Unfälle, all das ließ eine engere Zusammenfassung der bestehenden Versicherungszweige als wünschenswert erscheinen. Dieser Meinung ist auch die Regierung, und wurden von ihr bereits vor einigen Jahren Reformen angekündigt. Soweit jedoch bis heute Äußerungen seitens der Regierungen über die Reformabsichten vorliegen, scheint vollständige Klarheit für die einschlagenden Wege noch nicht gefunden zu sein.

Ein bedeutender Umstand tritt jedoch bei all den bekannten Reformabsichten in den Vordergrund. Er war auch die eigentliche Veranlassung zu dem jetzigen Kongreß. Es mehren sich nämlich die Stimmen, die bei einer Reform der Krankenversicherung die Selbstverwaltung der Krankenkassen ganz aufgehoben wissen möchten. Andere möchten die Vertretung je zur Hälfte aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammensetzen, die Arbeitgeber sollen dafür über die Hälfte der Beiträge leisten. Die Regierung hat dem Verlangen auf Aufhebung der Selbstverwaltung bis heute kein entschiedenes Nein entgegengesetzt, es besteht vielmehr die Meinung, daß ihr eine derartige Maßnahme sympathisch erscheine. Der Grund dafür ist in politischen Dingen zu suchen.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß die meisten und größten Ortskrankenkassen unter sozialdemokratischem

Einfluß und Herrschaft stehen. Sie hat die Beamtenstellen der einzelnen Kassen fast durchweg mit ihren politischen Anhängern besetzt. Auch andere Mißbräuche politischer Natur sind vorgekommen. Wenn das der Referent über die Reform der Arbeiterversicherung, Herr Bauer, abzustreiten versuchte, so ist das aus naheliegenden Gründen zu verstehen, ändert nichts an dem Geschehenen und Bestehenden. Wie er z. B. hervorhob, daß die Münchener Ortskrankenkasse als vollständig gereinigt aus den gegen sie erhobenen Vorwürfen hervorgegangen wäre, dann dürfte er außer den Interessierten allein mit seiner Meinung bestehen. Er vergaß auch zu sagen, daß die Münchener Ortskrankenkasse auch in die letzten Jahre so wie früher ihre Räume am 1. Mai, dem sozialdemokratischen „Weltfeiertage“, geschlossen hielt. Die Mißbräuche bestehen also. Demgegenüber stehen jedoch das hohe Gut der Selbstverwaltung, und die unter ihr vollführten Leistungen. Und da kann nicht bestritten werden, daß durch die Selbstverwaltung Außerordentliches im Interesse der Versicherten und damit der Allgemeinheit geleistet worden ist. Das Interesse an dem Institut der Krankenversicherung ist durch die Selbstverwaltung erheblich gesteigert worden, und hat liebgewordene Gewohnheiten und Einrichtungen geschaffen. Das würde mit dem Moment der Wegnahme verschwinden. In seine Stelle würde die Erbitterung über die genommenen Rechte treten, und die Abneigung gegen die alsdann eintretende bürokratische Verwaltung nur noch steigern.

Wir würden es als einen der bedauerlichsten Schritte halten, wenn die Regierung sich zur Beseitigung der Selbstverwaltung drängen ließe. Es gibt zudem andere Mittel, um den sozialdemokratischen Einfluß entweder stark einzudämmen, oder ihn ganz zu beseitigen. Nun hat ja der Kongreß selbst die Einführung des Proportionalwahlsystems für die Wahlen zur Ortskrankenkasse verlangt. Es wurde denn auch in der Debatte hervorgehoben, man solle heute schon mit der Einführung des Proporz vorangehen. Wie nun bekannt, wurde die seinerzeit in der Frankfurter Ortskrankenkasse eingeführte Proportionalwahl von der Behörde für unzulässig erklärt, und die bereits nach ihm getätigte Vertreterwahl als ungültig kassiert. Darauf wies auch der Referent hin, meinte aber dann, es sei ein unbilliges Verlangen, jetzt schon in einzelnen Orten die Verhältniswahl einzuführen. Da müsse man sich bis zur allgemeinen Einführung gedulden. Wir halten einen derartigen Standpunkt für bedauerlich, denn er läßt eine leicht zu vermutende Absicht erkennen. Es käme doch darauf an, da der Frankfurter Vorgang um Jahre zurückliegt, die heutige Stellung der Behörde zu erfahren; die Bestimmungen des Krankenversicherungsgesetzes über die Wahl lassen doch auch andere Auslegungen zu. Mit der Einführung des Proporz wäre es aber mit der Alleinherrschaft der Sozialdemokratie vorbei. Wenn ihr die Arbeiterinteressen hier stehen wie die Parteiinteressen, kann ihr das nur lieb sein. Wenn die nichtsozialdemokratischen Arbeiter heute auch wohl in den meisten Orten eine lehrherrschende Stellung innerhalb der Kasse nicht erreichen würden, die Möglichkeit der Kontrolle wäre aber auch schon ein großer Vorteil. Wir wissen ja auch, welchen Einfluß die christlichen Gewerkschaften in praktischen Gewerkschaftsfragen auf die sozialdemokratischen Gewerkschaften ausüben. Wäthin an Stelle einer beabsichtigten Aufhebung der Selbstverwaltung die Möglichkeit, daß die nichtsozialdemokratischen Arbeiter an der heutigen Verwaltung teilnehmen können.

Nach den zwei gehaltenen Referaten über die Bestrebungen zur Reform der Arbeiterversicherung und der Bedeutung der Selbstverwaltung der Krankenkassen und deren Gefährdung mit anschließender Diskussion wurden folgende Beschlüsse angenommen:

1. Organisation.

1. Wenn auch die Zusammenlegung aller Zweige der Versicherung nach wie vor erstrebenswert ist, so ist doch vor allem eine organische Verbindung der Versicherungszweige bräulich. 2. Zur Durchführung der gesamten Versiche-

rung sind allgemeine Versicherungsanstalten für räumlich abgegrenzte Bezirke zu errichten. 3. Zur Erleichterung des Verkehrs sollen Zweigverwaltungsstellen je nach Bedarf errichtet werden. 4. Selbstverwaltung auf breiterer Grundlage.

Für den Fall, daß die Zusammenlegung der Arbeiterversicherung nicht zustande kommt: Zentralisation der Krankenversicherung; gemeinsame Ortskrankenkassen für die Städte; Bezirkskrankenkassen für die Landgemeinden unter Aufhebung der übrigen Krankenkassenformen, soweit sie sich nicht auf Gewährung ergänzender Krankenunterstützung beschränken.

2. Verwaltung.

Die Arbeiterversicherung der Versicherten unter berechtigter Mitwirkung derjenigen, welche zu den Lasten der Versicherung beitragen. Ausgehend von diesem Grundsatz sind die Verwaltungskörperschaften so zu organisieren, daß den Versicherten der maßgebende Einfluß eingeräumt wird.

a) Für die Erhaltung der Krankenversicherung ist die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Selbstverwaltungsrechts der Ortskrankenkassen unter Befreiung der dasselbe beschränkenden Bestimmungen (§§ 42, 4, 56a R.-V.-G.) zu fordern. Die Halbierung der Krankenversicherungsbeiträge in der Absicht, eine paritätische Organisation der Kassenverwaltungen herbeizuführen, ist zu verwerfen.

b) Unfallversicherung. Beteiligung der Arbeiter an der Verwaltung. Die Rentenfeststellung ist einer unparteiischen Stelle unter Beteiligung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu übertragen.

c) Invalidenversicherung. Die Vertretung der Versicherten ist auszugestalten. Die bevorrechtete Stellung der beamteten Vorstandsmitglieder ist zu beseitigen, den Vertretern der Versicherten und der Arbeitgeber der ausschlaggebende Einfluß auf die Verwaltung einzuräumen.

3. Wahlverfahren.

Die in der Arbeiterversicherung tätigen Vertreter der Versicherten und der Arbeitgeber sind in direkter und gemeinsamer Wahl auf Grund des Proportionalwahlsystems zu wählen.

4. Erweiterung des Kreises der Versicherten.

Ausdehnung aller Zweige der Arbeiterversicherung auf alle erwerbstätigen Personen mit weniger als 5000 Mark Jahres Einkommen. Für die aus der Zwangsversicherung ausscheidenden Personen Zulassung zur freiwilligen Weiterversicherung.

5. Ausbau der Leistungen und Befugnisse.

a) Krankenversicherung. Intensivste Ausgestaltung der Fürsorge für die Versicherten und ihre Angehörigen auch in bezug auf die Prophylaxe. Den Krankenkassen ist das Recht einzuräumen, für die Betriebe hygienische Vorschriften zu erlassen und die Durchführung derselben sowie der auf Grund der Gewerbeordnung erlassenen Bestimmungen zu kontrollieren.

„In noch höherem Maße wie die übrigen Arbeiterversicherungsgesetze bedarf die Krankenversicherung der Selbstverwaltung, welche bei ihr ohne jede Schwierigkeit durchgeführt werden kann.“

Die Unterstützungen, welche den Krankenkassen bereits gegenwärtig obliegen, sind derart, daß sie sofort geleistet werden müssen, wenn sie den Zweck erreichen sollen, den Kranken einerseits zur möglichst raschen und nachhaltigen Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit zu verhelfen, andererseits eine verhängnisvolle Schwächung der wirtschaftlichen Lage der Kranken möglichst hintanzuhalten.

Dabei kommt heute noch in Betracht, was bereits in der Begründung des Entwurfes des Gesetzes, betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter, 1882 ausgesprochen wurde: „Die Voraussetzungen des Krankenunterstützungsanspruches und namentlich seiner Fortdauer sind derart, daß sie nur von solchen Organen mit Sicherheit beurteilt und kontrolliert werden können, welche den in Betracht kommenden Verhältnissen nahe stehen und die Voraussetzungen der Unterstützungsansprüche und die Bedingungen ihrer Fortdauer an Ort und Stelle selbst festzustellen imstande sind.“

Es erscheint dringend notwendig, daß die Krankenkassen immer mehr auch eine rege prophylaktische (vorbeugende) Tätigkeit entfalten; je intensiver das geschieht, um so mehr ist auch die Selbstverwaltung auf breiterer Grundlage nötig, da nur sie in der Lage ist, den verschiedenen Lebensstellungen, Beschäftigungen und örtlichen Verhältnissen sachgemäß Rechnung zu tragen.

Eine gezielte, nicht nur im Interesse der Versicherten, sondern zur Förderung der Volksgesundheit notwendige Entwicklung der Krankenversicherung ist nur zu erwarten von großen, korporativen, auf Selbstverwaltung beruhenden Verbänden der Versicherten.“

b) Invalidenversicherung. Ausgestaltung der Invalidenversicherung zu einer Rentenversicherung für Männer und

Waisen-Versicherung. 1. Ausdehnung der Versicherungs-
pflicht auf alle gegen Lohn oder Gehalt beschäftigten Per-
sonen, sofern ihr jährlicher Arbeitsverdienst 5000 Mark
nicht übersteigt. 2. Unzulässigkeit aller privaten Gesell-
schaften. 3. Anerkennung der Berufsinvalidität. 4. Die
Kosten sind zu gleichen Teilen aufzubringen durch das Reich,
Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Die Belastung des Reiches
ist aus direkten Reichsteuern zu decken. 5. Die Zahl der
Beitragsklassen ist auf zehn zu erhöhen, entsprechend der
Erweiterung der Verdienstgrenze.

o) Unfallversicherung. Entschädigung ist zu ge-
währen: im Falle eines Unfalles, mag derselbe durch die
Folgen der Erwerbstätigkeit oder des gewöhnlichen Lebens
verursacht sein, wobei chronische Gewerbekrankheiten als
Folgen von Betriebsunfällen anzusehen sind. Die Entschä-
digungspflicht der Berufsgenossenschaften beginnt mit dem
Tage des Unfalls. Die Leistungen sind anzugeskallen.

Streitigkeiten. Einheitslichkeit des Rechtswegs für
die gesamte Arbeiterversicherung (Schlichtergericht, Meldever-
sicherungssamt). Gewährung der Rechtshilfe für alle Trä-
ger der Versicherung

Mit manchem, was in diesen Leitfäden in der-
gelegt ist, braucht man nicht einverstanden zu sein,
und kann es auch nicht, anderes geht zu weit, als
daß es Aussicht auf Verwirklichung hätte. Aber die
Beachtung, die das darin Brauchbar enthält, ver-
dient, sollten ihm Regierung und Volksvertretung
nicht versagen. Es würde ferner eine Reso-
lution angenommen, worin gegen die von den christlich-
sozialen Betriebskrankenkassen erhobene Beschuldi-
gung, der Kongress sei eine sozialdemokratische Ver-
anstaltung, protestiert wird.

Noch einige Worte über die Zusammensetzung und
den Verlauf des Kongresses. Es berührte: eigentümlich,
hier Sozialdemokraten mit dem „Bourgeois“ und Ver-
tretern anderer Anschauungen zusammenarbeiten zu
sehen. Sonst lehnt es bekanntlich die Sozialdemo-
kratie ab, mit bürgerlichen Sozialpolitikern zusam-
menzuarbeiten. Ob in diesem Zusammen-
arbeiten nicht ein „bischer“ Eigennutz, mit Hilfe bür-
gerlicher Vertreter, die man ja sonst sehr von oben her-
ab handelt, die eigene Macht zu erhalten, enthalten ist?
Wir möchten's annehmen. Im Vorstand des Kongres-
ses waren, soweit wir es übersehen konnten, außer
zwei Arbeitgebern nur Sozialdemokraten vertreten.
Die Referate wurden von zwei Sozialdemokraten ge-
halten. Nur mühsam gelang es dem Präsidenten
Fauer, Ausfälle auf die „Bürgerlichen“ zurückzuhal-
ten. Die Diskussion bewegte sich, abgesehen von ein-
zelnen Gelehrtheiten der „Stammten“ Welt mitzu-
teilen, daß man von so und so vielen Krankenkassen
der einzige Vorstand sei, der Sozialdemokrat sei, in
sachlichen Bahnen. Aber gründliche Arbeit ist bei
solch großen Veranstaltungen kaum möglich. Manche
getraut sich schon gar nicht zu reden, außerdem tritt
die Massenungeheuer auffällig in die Erscheinung. Es
kann doch keinem Zweifel unterliegen, daß mancher
von den anwesenden Arbeitgebern bei ruhiger Über-
legung anders über das denkt, wofür er jetzt gestimmt
hat. Deshalb soll man derartige Veranstaltungen nicht
überschätzen.

Eigentümlich berührte es, als der frühere sozial-
demokratische Reichstagsabgeordnete Frickhoff bei der
Schilderung der „Dornenkrone“ der Klasse vorstände
meinte, wenn eine staatsbürokratische Verwal-
tung der Krankenkasse käme, dann bräuhle auch die
Presse mit ihrer Kritik nicht mehr zurückzuhalten.
Daraus kann gefolgert werden, daß die sozialdemo-
kratische Presse nur da Rücksicht walle, daß, ja über
Mängel hinweggeht, wo die betreffende Institution
in sozialdemokratischen Händen sich befindet. Die Re-
gierung hatte eine Besichtigung des Kongresses abge-

lehnt. Eine Reihe politischer Parteien waren durch
Abgesandte vertreten. Mit dem Kongress nahmen auch
einige unserer Mitglieder als Delegierte von Klassen
teil.

Aus dem Jahresbericht der heffischen Fabrik- inspektionen für 1907.

Aus dem kürzlich erschienenen Bericht der heffischen Fa-
brikinspektionen ist zu ersehen, daß 17 Beamte in ihrem
Dienste tätig sind. Sie setzt sich zusammen aus: 6 Gewerbe-
inspektoren, 9 Assistenten, sowie 3 Assistentinnen und 5 Ge-
hilfen aus dem Arbeiterstand. Mit dieser Zahl dürfte Hessen
wohl an erster Stelle der deutschen Einzelstaaten stehen,
im Vergleich zu der Anzahl der revidierungspflichtigen Betriebe.
Als ein wichtiger Fortschritt darf wohl angesehen werden,
daß unter den Beamten zum ersten Male auch 5 Gehilfen
aus dem Arbeiterstand verzeichnet sind. Damit ist ein schon
jahrelang, auch von den Gewerbeinspektoren selbst geheimer
Wunsch in Erfüllung gegangen.

Wie die Zahlen der revidierungspflichtigen Betriebe an-
zeigen, ist die heffische Industrie auch im Jahre 1907 wieder
erheblich gewachsen. Waren es im Jahre 1906 noch 6408
Betriebe mit 94448 Arbeitern, so betrug die Zahl derselben
am 1. Oktober 1907 bereits 5762 Betriebe mit 98271 Ar-
beitern.

Revidiert wurden im Berichtsjahre 3908 Fabriken mit
5888 Anlagen und 75627 Arbeitern. Davon 5060 Anlagen
einmal, 630 zweimal und 148 dreimal; ebenso kamen hinzu
34 Unfalluntersuchungen. 1906 waren es 3204 Fabriken mit
4929 Anlagen und 68393 Arbeitern, wovon 3586 einmal,
376 zweimal und 143 dreimal revidiert wurden, sowie 30
Unfalluntersuchungen. Insgesamt verzeichnet der Bericht für
1907 7019 Revidierungen.

Die Zahl der Anlagen, bei welchen Zuwiderhandlungen
gegen Schutzgesetze und Verordnungen betreff die Beschäfti-
gung jugendlicher Arbeiter von den Aufsichtsbeamten ermit-
telt wurden, betrug 618 gegenüber 464 im Vorjahre, wäh-
rend die Zahl der bestraften Personen wegen Zuwiderhand-
lungen gegen Schutzgesetze und Verordnungen betreff Be-
schäftigung von Arbeiterinnen 186 Fälle betrug,
während es im Jahre 1906 224 waren. Davon wurden
27 Personen in Strafe genommen gegenüber 44 im Vor-
jahre.

Ist aus dem Bericht zu ersehen, wie die heffische
Industrie in ihrer Gesamtheit gewachsen ist, so dürfte es
namentlich auch angezeigt erscheinen, die für uns in Betracht
kommenden Industrien speziell anzuführen.

Wolz- und Hammerwerke finden sich im ganzen Hessen
nur 2 und ist bei diesen ein Aufschwung nicht verzeichnet.
Arbeiterinnen werden in dieser Industrie nicht beschäftigt,
die Zahl der jugendlichen Arbeiter ist von 11 im Jahre 1906
auf 13 im Berichtsjahre gestiegen, während die Zahl der
erwachsenen Arbeiter von 284 auf 258 gefallen ist.

Bei der Metallbearbeitung, Maschinenindustrie und der
Chemischen Industrie ergeben sich folgende Zahlen:

	1. Metallbearb.		2. Masch.-Ind.		3. Chem.-Ind.	
	06	07	06	07	06	07
Rahl d. Fabriken	234	252	299	311	72	60
diese beschäftigten						
männl. Arbeiter	6531	6776	15135	16124	3187	3574
weibl. „	764	75	276	30	575	95
Arb. überhaupt	7295	7529	15411	16474	762	4529
davon erwachs.	6445	6641	14312	15291	3554	413
Jugendliche ..	850	884	1099	1183	208	316
Kinder u. 14 J.	—	2	4	3	—	—

Nach dieser Tabelle beträgt demnach die Zunahme der
drei angeführten Industrien an Betrieben, 18, 14, und 8. Die
Zahlen der überhaupt beschäftigten Arbeiter sind um 234,
1063 und 767 gestiegen, bei der Maschinenindustrie am
stärksten. Die Arbeiterinnen haben die stärkste Zunahme
in der chemischen Industrie aufzuweisen mit 380, wäh-
rend in der Maschinenindustrie die Zunahme derselben
nur 74 beträgt und bei der Metallbearbeitung sogar um
11 zurückgegangen sind, gegenüber dem Vorjahre. Bei den

jugendlichen Arbeitern hingegen beträgt die Zunahme in
der Metallbearbeitung 34, Maschinenindustrie 85, und bei
der chemischen Industrie sogar 659.

Die Bedeutung dieser Industrien in Hessen ergibt sich
aus der Zahl der darin beschäftigten Arbeiter mit 28790
oder nahezu 30 Prozent gegenüber der Zahl der in den
gesamten revidierungspflichtigen Betrieben beschäftigten Ar-
beiter, die 98272 beträgt.

Ueber den Verkehr mit Arbeitnehmern und Arbeitgebern
ist in dem Bericht angeführt, daß im Offenbacher Bezirk, wie
a l l e r d i n g s, aus Arbeitnehmerkreisen eine ganze Anzahl,
schriftlicher, wie auch mündlicher Beschwerden eingingen,
die zum Teil erhebliche Verfehlungen aufdeckten. Ebenso
sind dort auch die Beamten verschiedentlich von beschwerde-
führenden Arbeitern in ihrer Wohnung aufgesucht worden.

In Darmstadt hingegen sind die eingeführten Sprech-
stunden im Berichtsjahre gar nicht in Anspruch genommen
worden. Von Gießen wird berichtet, daß im ganzen Jahre
30 Arbeitgeber und nur 8 Arbeiter beim Gewerbeinspektor
vorsprachen. Der Mainzer Bezirk erkennt als ersichtlich an,
daß infolge der Belehrung, die die Arbeiter durch die
Sekretäre und Gewerkschaftskomitee erhielten, das Vertrauen
der Arbeiter zu den Gewerbeinspektionsbeamten ständig zu-
nimmt. Im Wormser Bezirk wurde der Gewerbeinspektor
besonders häufig von den Unternehmern in Anspruch genom-
men, während der Verkehr mit den Arbeitnehmern sich meist
nur auf der Arbeitsstelle vollzog.

Einige wichtige Momente aus dem Bericht können hier
noch angeführt werden. Da ist zunächst die Beschäfti-
gung der Kinder unter 14 Jahren und die Zahl
der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen.
Was die ersteren betrifft, so ist die Zahl in allen Bezirken
nicht sehr groß. Der Bericht sagt aber, daß bei den Re-
vidierungen vor dem 1. Oktober häufig Kinder unter 14 Jahren
mit sechsstündiger Arbeitszeit angetroffen wurden. Offen-
bach zählt deren 3 auf, Darmstadt 2, Gießen 14 und Mainz
16, während Worms berichtet, daß schulentlassene Kinder
unter 14 Jahren in den Fabriken kaum noch anzutreffen sind.

Der Zuwachs an jugendlichen Arbeitern und Arbei-
terinnen von 14—16 Jahren ist ebenfalls in den einzelnen
Bezirken verschieden. So berichtet Darmstadt, daß der-
selbe ein beträchtlicher sei, Offenbach gibt 1621 junge Bur-
schen und 1330 junge Mädchen, zusammen 2951 Jugendliche
an. In Gießen sind es etwa 10 Proz. der Arbeiter, in
einer Gruppe (Kleider- und Wäsche-Manufaktur) sogar ein
Drittel aller beschäftigten Arbeiterinnen. In Mainz ist
ebenfalls eine Zunahme zu verzeichnen, während in Worms
nur bei der Metallbearbeitung dies zutrifft.

Ueber die Handhabung der gesetzlichen Be-
stimmungen schreibt der Beamte von Darmstadt: „In
den Fabrikbetrieben wird das Arbeitsbuch als eine ge-
setzliche Einrichtung angesehen, die Vorschriften werden be-
folgt, soweit sie bekannt sind. Auf die ganze Einrich-
tung wird aber kein Wert gelegt. Ähnlich ist es bei den
größeren Handwerksbetrieben, bei den kleinen hingegen ist
das Arbeitsbuch fast unbekannt.“ Als Teilerklärung hierfür
schreibt der Beamte weiter: „Daß die großen Handwerker-
verbände sich Ausweisbücher eigener Art geschaffen haben,
die stilschweigend an die Stelle von Arbeitsbüchern ge-
treten sind. Die eine Art dieses Ausweisbuches wird dem
Gesellen nach ordnungsmäßig zurückgelegter Lehrzeit ein-
gehändigt und dient vor allen Dingen als Grundlage für
die Forderung der Lohnhöhe des Arbeiters nach weise
und der Reifeunterfertigung. (Natürlich nur bei den Unter-
nehmerorganisationen. Warum? das dürfte jedem einleuch-
ten.) Zur Eintragung von Führungsdaten darf das Buch
nicht herbeigeführt werden. Dagegen ist der Vorstand der ört-
lichen Verwaltung des Arbeitgeberverbandes befugt, dem
Gesellen das Ausweisbuch zu entziehen, wenn er sich bei
Ausweis als unwürdig erwiesen hat. Für die andere
Art des Ausweisbuches ist die Eintragung über die Dauer
der Arbeit, die Befähigung und Führung aus-
drücklich vorgeschrieben. Ohne Ausweisbuch darf
kein Arbeiter von einem Mitgliede des Ar-
beitgeberverbandes eingestellt werden. Bei
Veruntreuungen, bei unbefugtem Verlassen der Arbeit, bei
beharrender Verweigerung der dem Gesellen obliegenden
Verpflichtungen, bei grober Ungebühr, welche geeignet ist,
die Ordnung und gute Sitte im gewerblichen oder häuslichen
Berichte zu stören, hat der Arbeitgeber das Verbandsbuch

Die soziale Unfähigkeit des Materialismus.

Zwei Erscheinungen unseres heutigen innerpolitischen
Lebens muß der Freund des Fortschritts und der
Weiterführung einer dem sozialen Frieden zu-
strebenden Sozialreform besonders bitter beklagen:
das Scharfmachertum auf der einen Seite, welches
nichts wissen will von einer sozialen Gesetzgebung,
sondern am liebsten mit Gewaltmaßregeln dazwischen-
fährt, und die Sozialdemokratie auf der andern Seite,
sofern sie den Klassenkampf um des Klassenkampfs
willen verflücht.

In beiden Heerlagern ist es der Klassen-Egois-
mus, welcher die Herrschaft führt und jede Verständi-
gung unmöglich macht.

Dieser Klassen-Egoismus ist nicht das Werk ein-
zelner Führer, sondern der Ausfluß jener haben und
drüben die Köpfe beherrschenden Weltanschauung,
welche auf dem Darwinismus aufgebaut ist. Der
alles beherrschende Gedanke dieser Weltanschauung
ist der Egoismus, die Selbstsucht, die mit allen Mit-
teln ohne den geringsten Rücksicht ihrem eigenen Vor-
teil nachjagt und ginge der Weg dahin auch über hun-
derte ruiniertes Erzeugnisse.

Das Grundrecht des einzelnen ist nämlich nach
der darwinistischen Lehre das Recht des Stärkeren.
Denn — also werden wir belehrt — der Kampf ums
Dasein ist der Vater alles Fortschritts in der Natur
gewesen. Daß die Naturwesen von der Urzelle bis
herauf zum Menschen fortgeschritten sind, daß hat der
Kampf ums Dasein, der Kampf um den Futtertrog
und um das Weib gemacht. Denn der Stärkere nur,
der besser Entwickelte, konnte in diesem Kampf sich
behaupten, während der Schwächere, eben weil er der
Schwächere war, zum Untergang verurteilt war. So

erhält das Recht des Stärkeren seine Weihe und die
darwinistische mechanische Entwicklungssicht sanktio-
niert dieses Recht als das einzige Haupt- und Grund-
recht, das die Natur den einzelnen Individuen ge-
währt hat.

Auf das sittliche Gebiet der Menschenwelt über-
tragen — und mit welchem Rechte will man der An-
wendung dieses Grundgesetzes bei der Menschenwelt
Galt gebieten, nachdem man die Menschheit zu einem
hohen Entwicklungsprodukt der Tierwelt gemacht
hat? — bedeutet das natürlich eine Umwertung aller
sittlichen Anschauungen, wie sie vom Christentum ver-
kündet werden. „Gut“ kann dann nur das genannt
werden, was der Entwicklung, d. h. dem Sieg im
Kampf ums Dasein förderlich ist, „schlecht“ muß dann
das bezeichnet werden, was derselben hinderlich ist,
d. h. im Kampf ums Dasein ins Hintertreffen bringt.

Und nun: wer wird im Kampf ums Dasein siegen?
Der sittlich Gute, Wahrhaftige, Ehrliche, oder der
Ecklechte, der skrupellose Draufgänger, der Verschla-
gene und Listige? Die Frage stellen, heißt sie be-
antworten.

In vollem Widerspruch zu dieser darwinistischen
Grundansicht steht natürlich das Humanitäts-Ideal.
Wir betonen das mit allem Nachdruck, weil gerade
heute die eingeleuchteten Verächter des Darwinis-
mus in honigsüßen Reden über die Humanität sich
ergehen und diese zur Durchführung bringen wollen
ohne und gegen die Religion.

Denen muß energig gesprochen werden, daß sie in
ihrer Anerkennung der Humanität den Boden ihres
Darwinismus bereits verlassen und diesen je hüt preis-
gegeben haben. Denn Humanität bedeutet Hilfe, tat-
kräftige Hilfe für den Schwachen, Kranken, Elenden,
Siedenden. Also für jene, welchen nach darwinistischer

Grundansicht die Natur bereits das Todesurteil ge-
sprochen hat. Darum muß der Darwinist, wenn er
folgerichtig seine Lehre zu Ende denkt, die Humanität
ausweisen aus der menschlichen Gesellschaft.

Von dieser unbequemen Forderung wollen ältere
Darwinisten freilich nichts wissen, sei es, daß in ihnen
die Nachwirkung der christlichen Sittenlehre noch zu
stark war, sei es, daß sie fürchteten, ihre Lehre damit
hitzigstellen. Wir sehen von den Halbheiten eines
D. F. Strauß und Carneri ab und erwähnen nur die
Halbheit Bebel's, der natürlich die Humanität nicht
missen kann und in Ermangelung einer anderen Be-
gründung für dieselbe zu der geradezu unsinnigen De-
finition von Sittlichkeit sich verflücht: Sittlich ist, was
Sitte ist! Als ob damit nicht alles und jedes — Ver-
brechen sich rechtfertigen ließe. Wenn es also Sitte
ist — und nach Herrn Bebel's und Genossen Klagen
soll das ja der Fall sein —, daß ein Arbeitgeber die
Arbeitnehmer ausbeutet, so ist das nach desselben
Herrn Bebel's Meinung sittlich!

Also die älteren Darwinisten wollten mit ihrem
Grundsatz nicht recht Ernst machen! Die jüngeren
haben die Bedenken abgelegt und Ernst gemacht. Be-
kannt ist vor allem Nietzsche, der in einen mütenden
Saffert des Christentums sich hineingebacht und hin-
eingeschrieben hat, weil das Christentum der Armen,
Schwachen, Elenden sich anzunehmen zur Pflicht
mache und einen zügellosen Egoismus als Vergehen
brandmarkt.

Andere sind mit ihm des gleichen Weges ge-
gangen und haben — es genüge der Name H. Pille
mit seinem famosen Buch „Von Darwin bis Nietzsche“
— das Leitmotiv des Egoismus auf das soziale Ge-
biet übertragen. Fort damit mit aller Sozialpo-
litik! Fort mit der Humanitätsduselei! Die Natur

zurückbehalten und unter Verletzung der Gelübde dem Ver-
fasser der drückenden Verwaltung vorzulegen, welcher darüber
beschließt, ob das Buch dem Gesellen abzunehmen ist."

Daß diese ganze Einrichtung ein Terrorismus der Unter-
nehmer gegen die Arbeiter im vollsten Sinne des Wortes
ist, wird niemand abstreiten können. Es ist ein schreiendes
Unrecht, wie hier gewissermaßen schwarze Listen einge-
führt werden, ohne daß ein dazu berufener Faktor ein-
gegriffen kann. Dies findet auch der Darmstädter Fabrik-
inspektor für sehr bedenklich, indem er daran anknüpfend
weiter schreibt:

"Wenn das Arbeitsbuch in der geschlichen Form dem
minderjährigen Arbeiter noch eine gewisse Bewegungsfrei-
heit und damit eine bessere Verwendung seiner Arbeits-
kraft läßt, ihm namentlich aber nicht von einem Arbeit-
geberverbande entzogen werden kann, so sind die Aus-
weisebücher geeignet, die minderjährigen Arbeiter in den
Mägen des Arbeitgeberverbandes zu binden, ihre Erwerbs-
möglichkeit zu mindern, namentlich aber im Falle der Ent-
ziehung ihrer Existenz als Handwerker fast zu schädigen.
Auf Grund der Vorschriften der Gewerbeordnung läßt sich
gegen die Handhabung dieses Ausweisebuches nicht ein-
sprechen. Das Gesetz schreibt nur die Führung des Ar-
beitsbuches vor, verbietet aber nicht die Verständigung
der im Verbands vereinigten Arbeitgeber durch einen beson-
deren Ausweis, obgleich hierdurch eine wirkliche Umgehung
der gesetzlichen Vorschriften, wie im vorliegenden Falle,
offenbar zutage treten kann."

Es müssen hier unbedingt Mittel und Wege gesucht
werden, diesem gesetzwidrigen Treiben ein Ende zu be-
reiten, weil hierdurch dem Arbeiter große Hindernisse in
Bezug auf seine Existenz in den Weg gelegt werden.

Aus allen Bezirken wird berichtet, daß die Verkür-
zung der Arbeitszeit im letzten Jahre stetig zugenommen
hat. In der Metallindustrie ist jetzt fast durchweg eine
1/2stündige Arbeitszeit eingeführt. Aber auch von einem
verlorenen Kampf um den 11stündigen Arbeitstag kann
der Beamte von Darmstadt berichten. Dort legten im Juni
v. J. in einem Kupferdrahtwerk 18 Schmelzerei-
arbeiter die Arbeit nieder, weil die Fabrikleitung auf
ihre Forderungen, nämlich die Einführung einer 11stün-
digen Arbeitszeit, bessere Vergütung für Ueberstunden und
Wiedereinstellung von 8 entlassenen Arbeitern, nicht ein-
gegangen war. Dadurch, daß von Arbeitern derselben
Firma aus anderen Abteilungen die Plätze gleich besetzt
wurden, ging der Kampf verloren. So gibt es leider
immer noch Arbeiter, die ihre Arbeitsbrüder verraten und
ihren eigenen Stand aufs schwerste schädigen.

Ueber Sonntagsarbeit weist der Bericht eine
ganze Reihe von Klagen auf, wo die Bestimmungen um-
gangen und übertreten wurden. Bei einem Teil dieser
Fälle traten Bestrafungen von 6-40 Mark ein, eine sehr
geringe Strafe, wo der betr. Fabrikant vielleicht das zehn-
bis zwanzigfache verdient hatte.

Beim Punkt Lohnzahlung ist von dem Beamten
von Offenbach ein sehr interessanter Fall angeführt. Der
Beamte schreibt: „Auf den einer Maschinenfabrik gelegent-
lich der Abänderung der Arbeitsordnung gemachten Vor-
schlag, den Arbeitstag im Interesse der Arbeiterfamilien auf
Freitag anstatt Samstag zu verlegen, ging von dieser
Firma folgende Antwort ein:

„Auch wir standen auf dem Standpunkte, daß es im
Interesse der Arbeiterfamilien liege, den Arbeitstag von
Samstag auf Freitagabend zu verlegen, und haben uns
diesem Vorschlag unsern Arbeitern seiner Zeit gemacht.
Selbstredend mußten wir diesem Vorschlage hinzufügen, daß
alsdann die Woche am Mittwochabend schliefte, weil die
mit der Ordnung des Arbeitstages beauftragten Beamten
unbedingt zwei volle Tage nach Schluß der Woche nötig
haben, um diese Arbeit gewissenhaft erledigen zu können.
Wir können uns nämlich in unserm kleinen Betrieb, der nur
mit circa 75 Leuten zu rechnen hat, nicht spezielle Beamte
für die Ausrechnung und Ordnung des Arbeitstages halten,
sondern müssen mit dieser Arbeit selber beschäftigt sein,
die auch noch zu anderen Arbeiten Verwendung finden. Die
Verlegung des Arbeitstages von Samstag auf Freitagabend
hätte also in der ersten Woche nach dieser Neuordnung den
Arbeitern einen Tag Lohn der Auszahlung weniger zur
Auszahlung gebracht, währenddem die darauf folgende

Woche schon diesen Uebergang ausgeglichen hätte. Man
sollte annehmen, daß dieser Umstand vernünftigen Leute
sein zu großes Opfer wäre, um im Interesse ihrer eigenen
Familien unsern gemachten Vorschlag beiseite zu beant-
worten. Darin irrte man sich aber gewaltig.

Es ist Ihnen vielleicht von Interesse, zur Beurteil-
ung der Streitgründe unserer Offenbacher Metallarbeiter
während des letzten siebenwöchigen Streits, unter welchen
auch die Verlegung des Arbeitstages von Samstagabend auf
Freitagabend figurirte, zu erfahren, daß der vorerwähnte
Umstand unsern Vorschlag einstimmig verwarf und wir
ersucht wurden, nach wie vor die Auszahlung auf Sam-
stagabend zu verlegen.

Gleichzeitig ersehen Sie aber aus Borewähntem, daß
wir nichts verstanden, um das Interesse der Arbeiter und
ihrer Familien zu wahren, ersehen aber auch wiederum
gleichzeitig, wie nutzlos es wäre, ihrer gutgemeinten Auf-
forderung in dieser Hinsicht nochmals nachzukommen."

Im Bericht der einzelnen Beamten werden dann noch
die einzelnen Streits und Aussperrungen angeführt und
können wir darauf verzichten, Einzelheiten anzuführen,
weil über die hauptsächlichsten, die uns betreffen, seiner-
zeit im Organ schon berichtet wurde. Erwähnt sei aber
die ersichtliche Tatsache, daß hierdurch für manche In-
dustrien, auch die Metallindustrie, bedeutende Arbeitszeit-
verkürzungen und Lohnherabsetzungen eintraten. In diesen
Fällen wurden diese Verbesserungen ohne Kampf erzielt.

Weiter führt der Bericht noch bemerkenswerte Zahlen
über Betriebsunfälle, gesundheitsgefährliche Einflüsse sowie
Wohlfahrtsanstalten usw. an, worüber wir vielleicht
später noch einiges bringen.

Für heute seien lediglich noch einige Zahlen über Or-
ganisationen, wie sie im Bericht stehen, angeführt. Der
Beamte von Darmstadt berichtet nur Zahlen von freien
Gewerkschaften, es scheint so, als ob die christlichen Kollegen
dort wenig Fühlung mit dem Beamten haben. Im Bezirk
Offenbach werden die christlichen Organisierten mit 2301 Mit-
gliedern angegeben, neben 18488 sozialdemokratisch orga-
nisierten Arbeitern. Auch die „Gelben“ werden erwähnt
mit ordentlichen und außerordentlichen (Fabrikanten, Hand-
werksmeister, Fabrikbeamten und Lehrlingen) Mitgliedern.
Der Beamte von Gießen erwähnt, daß in seinem Bezirk
nur freie Gewerkschaften vorhanden seien. Das ist nach
unserem Wissen nicht richtig, da in einigen Orten auch
christlich organisierte Arbeiter beschäftigt sind. Jedenfalls
haben unsere Kollegen dort ebenfalls noch keine Fühlung
mit der Gewerbeinspektion genommen. Im Mainzer Be-
zirk stehen die christlichen Gewerkschaften mit 679 Mit-
gliedern gegenüber 10316 freien und 295 sozialdemokratisch
organisierten. Alles in allem zeigt der Bericht der Deutschen
Gewerbeinspektion ein rechtliches Bild sozialer Wirk-
samkeit in Erfüllung der demselben obliegenden Verpflich-
tungen; ebenso das Bestreben der Arbeiterorganisationen,
den Arbeiterstand vorwärts zu helfen. Ferner aber auch
die Tatsache, daß noch ein großes Feld vorhanden ist,
wo die christlichen Gewerkschaften einziehen können und
müssen. Mögen alle berufenen Faktoren dies einsehen und
daran handeln. G. Sch., Offenbach.

Der Arbeitsmarkt in der Metallindustrie.

(Monat April 1908)

Eine Besserung auf dem Rohmaterialmarkt ist
noch nicht eingetreten, die Zurückhaltung der Käufer
hält an. Der Versand des Rohmaterialums im
Monat April war wesentlich geringer als im Vor-
monat.

In den mittel- und nordwestdeutschen Eisen-
gütervertrieben war der Geschäftsgang im allgemeinen
wenig lebendig, wie im Vormonat. Vielfach
musste daher die Arbeitszeit eingeschränkt werden.
Die süddeutschen Werke hatten dagegen im allgemeinen
ausreichend zu tun.

Die Beschäftigung der Stahl- und Walz-
werke war, soweit Halbzeug, Eisenbahn-Überbau-

material und Formteilen in Betracht kommt, nicht
ganz so stark als im März. Da jebe gilt für den Ver-
sand. Im Saargebiet war einem Bericht zufolge die
Beschäftigung etwas besser als im Vormonat, begann
aber zu Anfang Mai wieder nachzulassen.

Die Betriebe, die Bleche herzustellen, hatten der
Mehrzahl der Berichte zufolge nach wie vor eine
unbefriedigende Geschäftslage zu verzeichnen. Die
Kleinkalzwerke hatten hingegen, wie berichtet,
befriedigend zu tun.

Die Drahtindustrie war je nach den
Berichten aus Nordwestdeutschland mehr oder weniger
lebendig, hingegen hatte die Thüringer Draht-
fabrikation in Zusammenhang mit der Deckung
des Frühjahrbedarfes eine recht gute Beschäftigung
zu verzeichnen.

In der Metallindustrie des Rheinischer W-
zirks nahm die Zahl der Betriebe zu, in denen nicht
die volle Zeit gearbeitet wird. Zugleich wird in allen
Betrieben, da genügende Aufträge fehlen, stark auf
Lager gearbeitet. Ungelernte Arbeiter bieten sich zahl-
reich an, aber auch an gelernten Facharbeitern herrscht
kein Mangel mehr. In der Fabrikation von Schrau-
ben, Muttern und Nieten war, nach dem Bericht aus
Breslau gegenüber dem Vormonat eine kleine Abflau-
ung zu bemerken, dennoch wird der Beschäftigungs-
grad immer noch als zufriedenstellend bezeichnet.

Im allgemeinen Maschinenbau liefen die Auf-
träge bei der Zurückhaltung der Käufer ziemlich lang-
sam ein, so daß sich naturgemäß eine Verschlechterung
gegenüber dem sehr guten Geschäftsgang des Vor-
jahres zeigte. Das Angebot an Arbeitskräften reichte
im wesentlichen aus.

Was den Geschäftsgang im Spezialmaschinenbau
betrifft, so waren die Dampfessel-, Pfannen und Ama-
turwerkstätten, von Ausnahmen abgesehen, ausset-
zend mit Aufträgen versehen. Die Fabriken für land-
wirtschaftliche Maschinen hatten, wie im Vormonat
gut zu tun. Die Mehrzahl der Betriebe aus den Be-
zirken für Bergwerksmaschinen gehen dahin, daß
die Kundenschaft ziemlich zurückhaltend ist, so daß die
Aufträge bei weitem nicht in dem großen Umfang
eingehen wie im Vorjahr. Die ungünstige Geschäfts-
lage in einzelnen Bezirken der Textilindustrie be-
einflußte die Lage in den Betrieben für Wa- und Maschi-
nenmaschinen, Bandwebstühlen usw. Die Lage im Baue-
werke bewirkte stellenweise einen Rückgang an Auf-
trägen für die Industrie der Holzzeuge.

Wie im Vormonat gehen die Berichte über die
Lage im Maschinenbau auseinander.

Der Lokomotivbau war andauernd gut beschäftigt,
jodoch immer noch mit Ueberstunden und Nachschichten
gearbeitet werden mußte. Wie aus München berich-
tet wird, wurde dort bei den der Metallindustrie
angehörenden Firmen die Arbeitszeit um eine Stunde
pro Woche gekürzt. Gleichzeitig fand mit der dadurch
bedingten Umrechnung der Löhne fast durchgehends
eine Erhöhung derselben statt.

Auch der Eisenbahnwagenbau war nach der Mehr-
zahl der Berichte gut beschäftigt. In einem bayerischen
Werk wurden die Stundenlöhne einiger Arbeiterkate-
gorien um 1 bis 2 Pfg. erhöht. (Reichsarbeitsblatt).

Zur allgemeinen wirtschaftlichen Lage

Schreibt die „Kölnische Volkszeitung“, Nr. 470 vom
30. Mai folgendes. Das starke Unwetter, das namentlich
in Mitteleuropa, zahlreiche Gegenstände schwer
heimgeführt hat, ist für den Saatenstand im allge-
meinen doch nur wenig nachteilig gewesen. Die Schädi-
gungen sind mehr örtlicher Natur und auch hier nicht
so ausgedehnt, um den Ernteertrag ganzer Gemeinden
in Frage zu stellen. Fast gleichzeitig wurden auch aus
Amerika Wetterschäden gemeldet, welche im Staate
Oklahoma einen auf Millionen berechneten Schaden
an den Saaten angerichtet haben sollen. Derartige
Meldungen sind, je weniger man ihre Tragweite über-
sehen kann, um so geeigneter, den Getreidemarkt anzu-
regen und das Eingreifen der Spieler zu begünstigen.
Die Einflüsse der Witterung auf Saatenstand und Ernt-
ertrag genau zu beurteilen, ist eben gegenwärtig
leider noch nicht möglich. Dem richtigen Ziele strebt
zweifellos das internationale Institut für Ackerbau
zu, das die Verrichterstattung über den Getreidemarkt
auf eine neue Grundlage stellen will. Bevor wir aber
eine brauchbare internationale Getreidemarktbe-
richterstattung erhalten können, muß erst Verbesserung die-
ser Verrichterstattung innerhalb der größeren nation-
alen Wirtschaftskreise erreicht sein. Wenn man aber
sieht, wie gering noch das Interesse für solche Ver-
besserungen gerade in den Kreisen ist, von denen Un-
trieb die Reformbestrebungen ausgehen müßten, so
kann man an baldige Lösung der Aufgaben, die sich
das internationale Institut in Rom gestellt hat, leider
noch nicht glauben. Immerhin ist schon der Versuch,
diese Aufgaben lösen zu wollen, ein Zeichen für die
zunehmende Erkenntnis, in welcher Richtung sich die
Wirtschaftspolitik der Zukunft nicht zu bewegen hat.

Wie kennen den wirtschaftlichen Gesamtorganismus
und seine Aufgaben noch viel zu wenig; jedes
Streben nach tieferem und umfassenderem Einblick
ist daher begrüßenswert. Freilich stehen der zuneh-
menden Deutlichkeit sehr starke Interessen gegen-
über, die nur allmählich überwunden werden können.
Wie lange dauert es doch, bis die Parteien gegenüber
der Grundfrage größerer Deutlichkeit durchgeföhrt

weiß nichts von der „Gleichheit“ und „Brüderlich-
keit“; sie findet nur den Sieg des Stärkern. Warum
aber die Schwachen kräftigen, anstatt sie in dem Zu-
stand zu belassen, in welchen die Natur sie gesetzt
hatte!

Klassisch ist es, wie ein neuerer Wortführer der
naturalistischen Lehre die Sklaverei recht ergründet und
deren Abschaffung vom darwinistischen Standpunkt
als ein Verbrechen brandmarkt:

„Die Sklaverei erlaubt den Weißen, sich den rein-
licheren Geschäften zu widmen und entlastet die Ein-
heimischen von schmutzigem Handwerk. Die kul-
turalen sind keineswegs darin einig, daß die Skla-
verei die Kultur der Herrennation herabdrückt. Man
munkelt sogar, daß Babylon und Aegypten, daß Hellas
und Rom ohne die Institution der erzwungenen Ar-
beit ihre hehren Aufgaben nicht hätten erfüllen kön-
nen. . . . In den Augen jeden konsequenten Ab-
stammungstheoretikers war die Abschaffung der Skla-
verei ein Unfug; vom darwinistischen Standpunkt
aus ein Verbrechen. Denn die Beizetzung der niedri-
geren Klasse bedeutet die Förderung eines minderwer-
tigen Faktors und vereitelt die Auslese. Die Skla-
verei unterjocht die schlechtere Art und erleichtert
der besseren den Aufstieg. Dieses Verhältnis, das sich
mechanisch aus dem Kampf ums Dasein entspinnt, wird
durch die widernatürliche Tätigkeit altruistischer Ideo-
logen gestört. Den Stärkern schädigen, dem Schwä-
chern nützen — der Darwinismus kennt kein kräf-
tigeres Beginnen. Danach ist die Aufhebung der
Sklaverei einer (angeblich) überwundenen Religion
(dem Christentum) und nicht den Prinzipien der (na-
türlich) so außerordentlich resp. kühnen Naturwissen-
schaft entsprungen.“ (Etwa, die Lehr-Darwinismus in
seiner letzten Folgen 1908, S. 154-155.)

Die Hauptanwendung dieser Gedanken auf die mo-
derne Arbeiterbewegung wird sich von selbst leicht
machen lassen.

Nun bekennet sich — o Fronte des Schicksals! —
die Sozialdemokratie zu demselben Darwinismus und
fordert für sich als die der Zahl nach stärkste Gruppe
den Sieg für sich. Soviel ist jedenfalls nicht zu bestrei-
ten, daß die Sozialdemokratie kein Recht hat, das
Scharfmachertum wegen seiner Bekämpfung der So-
zialreform zu verlästern. Ist ihr die Verufung auf
darwinistische Prinzipien recht, so dem Scharfmachertum
billig. Warum also schreit sie über Ausbeutung
und Unterjochung des Proletariats durch die Kapital-
isten?

Das dürfte zeigen, wie so ganz ungeeignet diese
darwinistische Weltanschauung für die Beilegung der
sozialen Kämpfe der Gegenwart ist!

Denn der Ruf nach Sozialreform kann nur er-
hoben werden mit Berufung auf die Idee der Gerech-
tigkeit — solche kennt die darwinistische Ethik nicht —
oder auf die der Humanität — solche ist vor dem
Michterstuhl des Darwinismus eine widernatürliche
Schwäche — oder auf die der „Gleichheit und Brüder-
lichkeit“ — und die ist in den Augen des Darwinismus
vollendeter Unfug.

So bleibt hüben und drüben — beim Scharf-
machertum und wie bei der Sozialdemokratie — nur
der Appell an die Gewalt. Allein, man vergißt hüben
und drüben, daß jeder Sieg, der nur ein Sieg der
Gewalt und nicht zugleich ein solcher des Rechts ist,
keinen Bestand hat, sondern den Keim des Zusammen-
bruchs in sich trägt.

Damit ist die materialistische Weltanschauung ge-
richtert!

wird? An eine gesetzliche Regelung des Kartellwesens in Deutschland ist immer noch nicht zu denken, obwohl die darauf hingzielenden Bestrebungen als durchaus berechtigt anzuerkennen sind. Was nützen alle Klagen, was nützt aller berechtigter Widerstand gegen die übermächtigen Kartelle, wenn sie nicht über den engen Geschäftskreis des wirtschaftlichen Egoismus hinausgehen?

Wir stehen jetzt wieder inmitten einer Zeit, wo das Bedürfnis nach engerem Zusammenschluß mit erneuter Stärke erwacht. In der Gewinnung von Rohstoffen ist die Frage einer Verschmelzung der verschiedenen Rohstoffsyndikate zu einem einheitlichen deutschen Verband dringender geworden; vom Stahlwerkverbande wird die „Synthetisierung der Produkte“ als wünschenswertes Ziel verfolgt. Während so die Rohstoffe und Brennstoffe liefernden Betriebe immer mehr miteinander verwachsen, dauert in der weiterverarbeitenden und die Fertigwaren-Herstellung der ungelagerte gegenseitige Wettbewerb fort, ja, er verschärft sich geradezu. Die Herstellungskosten bleiben stetig, während die Verkaufspreise starken Schwankungen ausgesetzt sind. Das ist aber ein Zustand, der auf die Dauer nicht ertragen werden kann. Hier muß durch Selbsthilfe ebensoviel wie durch staatliches Eingreifen Ausgleich geschaffen werden. Aber das ist so lange unmöglich, als dem Staat und der Deffentlichkeit der Einblick in die Tätigkeit der Kartelle so ziemlich verschlossen bleibt. Das Beispiel der Vereinigten Staaten von Amerika sollte uns zur Warnung dienen, daß wir die Macht der Kartelle uns nicht über den Kopf wachsen lassen.

In der wirtschaftlichen Gesamtlage Deutschlands hat die letzte Zeit Änderungen nicht gebracht, die zu freundlicherer Auffassung führen könnten. Die Verhältnisse auf dem Geldmarkte zeigen langsam, aber doch stetig zunehmende Erleichterung. In England ist seitlich Geld schon wesentlich billiger: der Diskontsatz für beste dreimonatliche Bankwechsel ist bis auf ein siebenachtel Prozent heruntergegangen, der Goldvorrat der englischen Bank in starkem Steigen begriffen. Aber die Geldfülle äußert auf die Beschäftigung nicht den mindesten Einfluß. Auch in den Vereinigten Staaten bleibt das Geschäft noch immer ohne Belebung. Die Ausweise der Eisenbahnen zeigen Rückgänge; die Zahl der unbenutzten Güterwagen ist noch reichlich hoch und läßt Umschwendung zur Besorgung noch nicht erkennen. Die Frachten dürften erst mit dem Herbst wieder zunehmen, dem man mit steigender Spannung entgegenfieht. In der Hauptfrage wird es von dem Ergebnis der diesjährigen Ernte abhängen, ob und in welchem Grade Verkehre und Gewerbe wieder zu stärkerer Betätigung werden angeregt werden. Die Ausfälle in den Eisenbahneinnahmen waren während der letzten Monate in den Vereinigten Staaten und in Großbritannien bedeutend höher, als in Deutschland, wo der Rückgang mit dem März gleichfalls eingeleitet hat. Im März nahmen die Einnahmen aus dem Güterverkehr im Vergleich zum Vorjahr um 1,50 Prozent, im April aber um 2,75 Prozent ab.

An die Arbeiter der Drahtindustrie

richtet sich folgende Zuschrift eines Kollegen aus einem Drahtwerk:

Von der Geheimarbeit der Unternehmerverbände betitelt sich ein Artikel in Nr. 19 unseres Verbandsorgans. Da erhält man ganz interessante Einblicke in die Tätigkeit der Unternehmerverbände hinter den Kulissen. Vor allem die geplante Einführung einer allgemeinen Lohnstatistik, welche nachher noch in eine Spezialstatistik zerlegt wird, sollte der Arbeiterschaft zu denken geben, und ihre Tätigkeit auch auf diesem Gebiete beleben. Ferner soll die Lohnstatistik im Unternehmerlager als brauchbares Material dienen zu Verfolgung allgemeiner und politischer Ziele. Hierbei drängen sich einem an derhand Gedanken auf, was heute nicht alles für politische Ziele im Unternehmense Lager verwirklicht werden. Was man bekanntlich auf geradem Wege nicht erreichen kann, nämlich die Befreiung der Arbeiterbewegung, dieses sucht man hinter den Coullissen eben zu erhalten.

Zu dem betreffenden Artikel werden nun die einzelnen Werke und Branchen angeführt, welche sich an der Lohnstatistik beteiligen, und da treten denn auch die Drahtwerke auf den Plan. Etwas hat man in der Deffentlichkeit wenig aus der Drahtbranche vernommen, sowohl von Arbeitgeber, wie von Arbeitnehmer. Es soll nun nicht meine Aufgabe sein, das gesamte Drahtgewerbe und die Arbeitsverhältnisse klarzulegen, sondern nur ein Zweig soll herausgegriffen werden, welcher gewissermaßen das Rückgrat der Drahtindustrie bildet, nämlich der Drahtzieherberuf. Es kann gesagt werden, daß schon alle Ergänzungsrichtungen zu einer Hebung der Lage der Drahtzieher Anlässe gemacht haben, aber im allgemeinen ist die Lage der Drahtzieher eine sehr verbesserungsbedürftige.

Zunächst was die Arbeitszeit betrifft. Teilweise herrscht hier abwechselnd Tag- und Nachtarbeit und bei hochgehender Konjunktur tritt noch die Sonntagarbeit hinzu. Bei dieser anstrengenden Arbeit kann von einem menschenwürdigen Leben nicht die Rede sein. Auch das Ueberstundenwesen steht in Betrieben mit nur Tagelohn manchmal hoch in Blüte. Das Verhättniswesen läßt heute auch allgütigen Seiten hermiten, während früher in den Feinlagen

eine zwei- bis dreijährige Lehrgang durchgemacht werden mußte, ist dieselbe heute bis auf ein Viertel bis ein Fünftel heruntergegangen, aber nicht zum Nutzen des Berufes, darüber ist sich die organisierte Arbeiterschaft heute einig.

Die sanitären Einrichtungen lassen wohl alles zu wünschen übrig; höchst zweifelhaft sind die Wäschvorrichtungen, wo solche vorhanden sind; denn in den meisten Betrieben sind gar keine, von Badeeinrichtungen ganz abgesehen; diese werden wohl im allgemeinen als nicht vorhanden gelten können. Licht und Licht scheint auch keine große Bedeutung für die Arbeiter in den Drahtzügen zu haben, wenn man sich die Arbeitsräume und auch die Arbeiter ansieht. Hier ließe sich nun noch eine ganze Rubrik zusammenstellen, aber das vorhin in sanitärer Hinsicht angeführte mag schon genügen.

Das Akkordsystem ist im Drahtziehergewerbe vorherrschend, wie dieses gehandhabt und die Arbeitskraft ausgebeutet wird, darüber wissen die Drahtzieher ein Lied zu singen. Die Lohnverhältnisse sind auch sehr verschieden. Während ein eine Werke annehmbare Löhne zahlen, sieht es auf andern desto trauriger in dieser Hinsicht aus.

Die Arbeitsleistung und Scheibenzahl stellt auch sehr verschiedenartige Anforderungen an die Arbeitskraft des Einzelnen. Hier kann eventl. wertvolles Material zu Tage gefördert werden, wollen uns aber für heute hiermit begnügen, vielleicht so gut dieses in einem späteren Artikel.

Was nun die Behandlung durch die Vorgesetzten angeht, so ist dieselbe nirgends schlechter, wie man sich's gefallen läßt, so auch hier.

Aus dem Angeführten ergibt sich zur Genüge, wie hochnotwendig der Zusammenschluß der Arbeiter des Drahtziehergewerbes ist, wollen wir nicht noch tiefer ins Elend sinken, besonders jetzt, wo die Krise mit beispielloser Schärfe auch in der Drahtindustrie eingeleitet hat, wo Feierschichten, Lohnausfall, Arbeiterentlassungen zur Tagesordnung gehören. Kollege, hier ist es notwendig, daß wir uns erheben wie ein Mann, denn wie oben angeführt sind die Unternehmer fortwährend an den Rufen, aber nicht um dem Arbeiterstand zu helfen, sondern um ihn nieder zu halten und da ist es notwendig, daß sich ein jeder sagt: hat ich meine Pflicht erfüllt gegen meine Familie gegen meinen Stand und gegen die Gesellschaft? Wer diese Frage verneinen muß, der werde sich seiner Pflicht bewußt und schliesse sich dem christlichen Metallarbeiterverband an, welcher in der Lage ist, alle Mängel des Unternehmertums erfolgreich abzumehren und eine dauernde Verbesserung auch im Drahtzieherberuf herbeizuführen.

Gewerkschaftliches.

Ein Maßregelungsbund der Bechenbesitzer

im Ruhrgebiet ist kürzlich öffentlich bekannt geworden. Die sozialdemokratische Presse hat die Satzungen dieses Vereins zur Unterdrückung der Arbeiterrechte veröffentlicht. Die Vereinigung heißt: Bechenverband und hat ihren Sitz in Essen. Er bezweckt laut § 2 einen engeren Zusammenschluß der im rheinisch-westfälischen Bergbaue und in benachbarten Bergwerken und ihrer Nebenanlagen zur Wahrung gemeinsamer Interessen in Arbeiterfragen. Wie der nächste § mitteilt, ist der Verband vorläufig auf fünf Jahre, beginnend mit dem 1. Februar 1908, abgeschlossen. Die wesentlichen Aufgaben des Bechenverbandes gehen aus dem § 8 hervor, welcher lautet:

- Die Verbandswerke übernehmen folgende Verpflichtung:
 1. Während der Dauer eines Ausstandes auf einem Verbandswerke und während drei Monate nach Beendigung des Ausstandes darf kein Arbeiter dieses vom Ausstande betroffenen Verbandswerkes angenommen werden; für die gleiche Zeit darf ein vom Ausstande betroffenes Werk keinen Arbeiter von einem anderen Verbandswerk annehmen.
 2. Arbeiter, die einzeln unter Vertragsbruch die Arbeit auf einem Verbandswerk niedergelegt haben, dürfen während sechs Monaten von einem anderen Verbandswerk nicht angenommen werden. Hat eine Werkleitung erst nach der Annahme eines vertragsbrüchigen Arbeiters von dem Vertragsbruch erfahren, so hat sie seine Kündigung zu veranlassen, es sei denn, daß das nach dem Vertragsbruch begründete Arbeitsverhältnis schon länger als drei Monate besteht.
 3. Ist in einem anderen Bergbaubezirk ein Ausstand ausgebrochen, so kann der Vorstand mit vierfünftel Mehrheit der anwesenden Stimmen beschließen, daß während der Dauer des Ausstandes und während drei Monate nach Beendigung des Ausstandes kein Arbeiter aus dem betreffenden Bezirk angelegt wird, vorausgesetzt, daß die Werke jenes Bezirks die gleiche Verpflichtung gegenüber dem Verband übernommen haben.
 4. Unternehmer, welche auf einem Verbandswerk mit bergmännischen Arbeiten beschäftigt werden, sind zu verpflichten, die vorgenannten Bestimmungen einzuhalten. Dem Verbandsverband gegenüber haftet das Verbandswerk für Einhaltung der Verpflichtung.
 5. Jedes Verbandswerk ist verpflichtet, von einem Ausstand der Geschäftsführung sofort Kenntnis zu geben.

Der § 9 besagt dann: Bei Zuwiderhandlungen gegen diese Satzungen oder gegen die von der Hauptversammlung sakungsgemäß mit vierfünftel-Mehrheit der anwesenden Stimmen gefassten Beschlüsse verfällt das Zuwiderhandelnde Verbandsmitglied in eine an den Verband zu zahlende Strafe bis zu 1000 Mark für jeden Fall der Zuwiderhandlung, sofern nicht die Ausschließung des Verbandsmitgliedes beschlossen wird.

Der „Vergknappe“, das Organ des christlichen Gewerkevereins der Bergarbeiter, war in der Lage, eine am 21. März von diesem Verband herausgegebene schwarze Liste zu veröffentlichen, die rund 350 Namen von Bergleuten enthält. Wie die sozialdemokratische Presse mitteilt, gibt es eine ganze Reihe dieser schwarzen Listen. Eine mit dem Datum vom 28. März 1908 enthalte 586 Namen, die Liste vom 4. April 828 und eine Liste vom 5. Mai deren 1058. Eine neuere Liste soll über 2000 Bergarbeiter namentlich aufzuführen, die von dem Sperrsystem betroffen und zur Arbeitslosigkeit verurteilt sind. Es soll darunter auch viele Leute sein, die gar keinen Kontraktbruch, noch sonst etwas begangen haben.

Das Ganze ist ein Attentat auf die Freizügigkeit der Arbeiter, ein brutaler Zwang mit der Hungerpeitsche, wie wir es auch schon häufig in der Metallindustrie aufdecken konnten. Wir sind neugierig, schreibt der „Vergknappe“, ob die Behörde, die jeden Fall von Berufserklärung bei den Arbeitern so schnell zu ahnden weiß, jetzt auch einschreitet? — Diese Bestrebungen der Unternehmer aber sollten dem deutschfaulsten Arbeiter doch endlich die Augen öffnen und ihn dorthin treiben, wo er solche Maßnahmen im Verein mit seinen Kollegen abwehren kann, nämlich in die Organisation hinein.

Generalversammlung des Schmiedeverbandes

Der sozialdemokratische Schmiedeverband hat in den Tagen vom 17. bis 23. Mai in Dresden seine elfte Generalversammlung abgehalten. Es waren 39 Delegierte anwesend. Der Verband, der laut Reichsarbeitsblatt Ende März d. J. 1653 Mitglieder (38 Bezirksstellen mit 1200 Mitgliedern) hatten nicht berichtet, hat in den letzten Jahren keine Fortschritte gemacht. Im Anschluß an den Geschäftsbericht wurde dieserhalb schwere Vorwürfe gegen den Vorstand erhoben. Der einzige öffentlich interessierende Gegenstand der Verhandlungen waren die vorliegenden Anträge auf Verschmelzung mit dem (sozialdemokratischen) Metallarbeiterverband. Nach heftiger Debatte wurde die Verschmelzung mit 32 gegen 5 Stimmen bei einigen Stimmenthaltungen abgelehnt.

Der Schmiedeverband hat sich also noch einige Jahre Gaijenszeit gewährt, bevor im großen Saal des freien Metallarbeiterverbandes verschwindet. Er ist in seiner Lage allerdings nicht zu beneiden und noch kürzlich schrieb die „Schmiede-Ztg.“ Nr. 18 vom 2. Mai, im Hinblick auf die nimmermüde Taktik seines Stuttgarter Bruderverbandes ganz elegisch: „Jeder Mensch wehrt sich um sein Leben.“ Lange wird sich der Schmiedeverband gegen seinen stärksten „Bruder“ wohl nicht mehr wehren, denn wird's um sein Leben geschehen sein. Die Taktik des Met. Verbandes hat selbst dem anwesenden Vertreter der Generalkommission, H. Schmidt, der sonst für die Verschmelzung war, die Worte entlockt, der Metallarbeiterverband sei an dem behauerlichen Zustand zwischen den sozialdemokratischen „Bruder“verbänden nicht ganz unschuldig. Darüber ist nun die „Met.-Ztg.“ sehr ungehalten und verlangt eine nähere Erklärung des Genossen Schmidt. Der braucht allerdings nur auf den Todeskampf des Genossen „Freie“ Werstarbeiterverbandes und auf Solingen hinzuweisen, um die Berechtigung seines Vorwurfs darzutun.

Dabei wollen wir aber nicht unerwähnt lassen, daß wir die vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband angestrebte Organisationsform, nämlich die Syndikatsverbände für die richtige halten und in unserm christlichen Lager ja auch viel weitgehend praktiziert hervortreten haben, wie es im sozialdemokratischen Lager bis heute der Fall gewesen ist.

Traurige Brüder

sind unsere „Freunde“ von der Hirsch-Dunderschen Couleur. In Ermangelung an ern geistigen Stoffen müssen sie in ihren Blättern jede Kleinigkeit aus ihren gegnerischen Lagern aufgreifen, ausschmücken und ihren Lesern vorsetzen. Damit glauben sie einen doppelten Zweck zu dienen; zunächst die Gegner zu verächtlichen und zu schädigen, dann aber auch den Blick von dem trostlosen Elend im eigenen Lager abzulenken. Dabei schämen sie sich nicht, die sozialdemokratische Presse auszuspühen, wenn sie Material gegen die christlichen Gewerkschaften darin gefunden zu haben glauben. So haben es jetzt mehrere H. D. Blätter wieder mit den Differenzen in der Ortsgruppe Wacker 1 gemacht und sind mit wahrer Wollust über den Lügenartikel der sozialdemokratischen „Rheinischen Zeitung“ hergefallen und haben ihn abgedruckt.

Den geistesarmen, unter Ausschluß der Deffentlichkeit erdcheinenden Hirsch-Dunderschen Winkelblättern hätten wir es weiter gar nicht so krumm genommen, ihre leeren Schalten mit dem Futter aus der sozialdemokratischen Presse zu füllen, aber nun kommt auch noch der „Regulator“ Nr. 22 und druckt den Lügenartikel wörtlich aus der „Rhein. Ztg.“ ab. Dabei muß diesem „anständigen“ Organ aber die Berichtigung unseres Zentralvorsitzenden, so legen wir bei, auf den Lügenartikel schon vorgelesen haben. Die „Rhein. Ztg.“ brachte diese Berichtigung nämlich schon am 22. Mai, und der „Regulator“ druckt den berichtigten Lügenartikel in seiner Nr. vom 29. Mai ab, ohne ein Wort von der Berichtigung zu erwähnen. Das ist Hirsch-Dundersche Journalistik, die „hr. idf. it.“ und

„Wahrheitslieber“. Wenn die H.-D. die Macht als Schenken des Nachener Schlachtfeldes einige Eroberungen zu machen gedenken, so gönnen wir Ihnen die 13 abgesprungenen Quertreiber von ganzem Herzen, wollen aber dem H.-D. Verband im voraus den guten Rat geben, den p. Herzogenrath und noch einige seiner Anhänger sofort als Beamte anzustellen, sonst wird die neue Freundschaft nicht von langer Dauer sein.

Für den Abdruck des Artikels der „N. in. Rtg.“ wird hoffentlich der „Regulator“ dem Verleger derselben, Genossen Honratz-Nachen, das Honorar nicht schuldig bleiben, sonst wird Honratz, wie uns aus Nachen mitgeteilt wird, den „Regulator“ wegen unbefugtem Nachdruck und heimlichem Diebstahl gerichtlich belangen. Ob der „Erloß“ diese Kosten dem H.-D. aufzuwerfen wird, ist allerdings sehr fraglich. Wir würden ferner aus Nachen hören, soll der „Zentralvorstand“ Herzogenrath mit dem Plan umgehen, den Genossen Honratz aus Dankbarkeit für die bereitwillig gewährte Geburtshilfe zum Ehrenpräsidenten des „Deutsch-Nationalen Metallarbeiter-Verbandes“ auf Lebensdauer zu ernennen. Wir schlagen vor, nunmehr auch den Redakteur des „Regulator“, Herrn Gleichauf, in anbetracht seiner Anstrengungen nicht ganz leer ausgehen zu lassen und ihn wenigstens zum Ehrenmitglied des neuen 13-Männerverbandes zu ernennen. Wir sind nicht im geringsten neidisch und wünschen dem Triosolium: Herzogenrath, Honratz und Gleichauf viel Heil.

Die Hirsch-Dunder hätten übrigens alle Ursache, vor der eigenen Tür zu haken. Der Fall Jakobs in Essen kostet dem H.-D. Verband jedenfall 10, vielleicht 20 mal so viel Mitglieder wie die Quertreiber des p. Herzogenrath, sie unserm Verbande gelohnt haben. Im H.-D. Lager hört zudem der Zank und Streit unter den obersten Führern gar nicht auf. Jetzt blüht der jetzige Redakteur Kreil des H.-D. Düsseldorf-Reformorgans gegen den früheren Redakteur Pörsch eine Verteidigungssache an und wirt ihm Unwahrheiten und sonstige Dinge an den Kopf, die Pörsch in einem Gehaltsartikel gegen Kreil bezeugt habe. Dabei hatten sich diese Leute dann in spätere langen Artikeln darüber auf, wenn im gemeinlich Lager eine Kleinigkeit passiert. Traurige Brüder!

Erfolge christlicher Gewerkschaftsarbeit

Der Zentral-Verband christlicher Arbeiter und Arbeiterinnen hat im Jahre 1907 wiederum erhebliche Erfolge in Bezug auf die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse seiner Mitglieder zu verzeichnen. Es erhielten pro Woche an Lohnerhöhung 15 Mitglieder 1,20 Mk., 570 Mitglieder 1,80 Mk., 176 Mitglieder 2,30 Mk., 18 Mitglieder 3,00 Mk., 170 Mitglieder 3,60 Mk., 172 Mitglieder, 4,85 Mk. und 48 Mitglieder 6 Mk. pro Woche. Die Gesamtlohnerhöhungen machen bei 50 Arbeitswochen die reipe Summe von 161 160 Mark aus. Legt man 40 Arbeitswochen zu Grunde immerhin noch 128 923 Mk. An Erleichterung wurde erreicht: für 410 Mitglieder eine solche von 6 Stunden pro Woche, für 63 Mitglieder von 3 Stunden pro Woche. Es macht dieses bei 50 Arbeitswochen insgesamt 132 450 Stunden, bei 40 Arbeitswochen 95 960 Stunden im Jahre Arbeitszeitverkürzung aus. Außerdem wurden noch eine Reihe Verbesserungen durch tarifliche Festlegung von Zuschlägen für gefährliche Arbeiten, Nebensunden, Nacht- und Sonntagsarbeiten erzielt. Der christliche Arbeiterverband hat hierdurch auch im Jahre 1907 wieder bewiesen, daß er voll und ganz die Interessen seiner Mitglieder zu wahren und zu fördern will.

Generalversammlungen von christlichen Gewerkschaften

finden in diesem Jahre eine ganze Anzahl statt. Der Verband für das graphische Gewerbe hat am 28. Mai und folgende Tage seine diesjährige Generalversammlung in Würzburg abgehalten. Der Holzarbeiterverband tagt am 28. Juni und folgende Tage in München. Ebenfalls in München hält der Keramarkiterverband seine Generalversammlung ab und zwar am 7., 8. und 9. Juni. Der Hilfs- und Transportarbeiterverband tagt am 5., 6., 7. und 8. Juli in Aschaffenburg. Der Textilarbeiterverband hat seine Generalversammlung auf den 13. September nach einer noch zu bestimmenden Stadt in Süddeutschland über den. Der Verband der Bäcker- und Konditoren hält am 7. und 8. Juni in Essen seine Generalversammlung ab, während der Schneiderverband am 6. September und folgende Tage in Aschaffenburg tagt. Der Malerverband hat für den 20. September und folgende Tage seinen Verbandstag nach Düsseldorf in beruf n.

Soziale Rechtsprechung.

Können Streikunterstützungen zur Steuer herangezogen werden?

Kürzlich, so schreibt die „Soziale Praxis“, hatte das sächsische Finanzministerium entschieden, daß Streikunterstützungen nicht steuerpflichtig seien, weil sie keine Einkünfte aus Rechten auf Gebungen bildeten. Anderer Meinung aber ist das Ministerium des Innern in Weidenburg-Schwerin, das die Beschwerde des Rostocker Arbeitersekretariats gegen den die Steuerpflichtigkeit der

Streikunterstützung ausgesprochenen Verbot des Rates der Stadt Rostock ablehnte. Nun aber steht in der Rostocker Einkommensteuerverordnung klar und deutlich, daß nur ein Einkommen aus Rechten auf wiederkehrende Gebungen und Vorteile irgendwelcher Art die Steuerpflicht begründe. Die Gewerkschaften gewähren aber bekanntlich kein Recht auf Streik- oder Gebagenstellenunterstützung; sie sind keine Versicherungsunternehmungen auf Gemeinnützigkeit im technischen Sinne; vielmehr unterstützen die Gewerkschaften ihre Mitglieder nach ihrem jeweiligen Ermessen und dem Stande ihres Vermögens, das aus Beiträgen der Mitglieder aufgebracht ist. Diese Beiträge aber unterliegen bereits der Steuerpflicht. Wenn sie der Arbeiter bei sich zu Hause auf parte, statt sie der Gewerkschaftskasse zur Aufbewahrung zu übergeben, würde niemand auf den Gedanken verfallen, sie nochmals zu besteuern. Wegen den unhaltbaren Bescheid des Ministeriums des Innern ist Berufung beim mecklenburgischen Staatsministerium eingelegt worden.

Blutschläge und Unfallversicherung

Verletzungen oder der Verlust des Lebens durch Blutschläge werden unter bestimmten Umständen als Unfälle angesehen und für die Folgen der Blutschläge müssen dann aus der Unfallversicherung Entschädigungen gewährt werden. Nach der frühesten Spruchpraxis des Reichsversicherungsamtes trat die Unfallversicherungspflicht bei Blutschlägen nur dann ein, wenn zwischen der Art des Betriebes und der Tätigkeit ein Zusammenhang bestand, wenn durch die Ausübung der beruflichen Tätigkeit die Unfallgefahr durch Blutschlag erhöht oder überhaupt erst hervorgerufen wurde. Es stand ein Zusammenhang zwischen Betriebsstätte und Blutschlag nicht, so wurde die Gefahr von Blutschlägen nur als eine „Gefahr des täglichen Lebens“ angesehen, für welche die Unfallversicherungspflicht nicht aufzuzubringen verpflichtet gemacht werden konnte.

Die Rechtsprechung der Reichsversicherungsämter hat in einem Urteile über in einem Verurteilten nicht schon dann gebracht, wenn lediglich daran zu denken war, daß die vom Blutz getragene Person durch ihre Beschäftigung im Freien und nicht in geschützten Räumen sich aufzuhalten gezwungen war. Der Zusammenhang von Blutschlag und Betriebsstätte ist fast dagegen nie erreicht, wenn z. B. Landarbeiter mit Werkzeugen arbeiten, die den Blutztrahl anziehen, oder wenn die Arbeit an fließenden Gewässern, an Teichen oder auf Dämmen ausgeführt werden, die eine erhöhte Blutzgefahr hatten. Nach verschiedenen neuen Gutachten hat jedoch das Reichsversicherungsamt seine Spruchpraxis neuerdings so umgeändert, daß der Zusammenhang zwischen Blutzgefahr und Betriebsstätte schon dann gegeben angesehen wird, wenn angenommen werden kann, daß sich der durch Blutschlag Beschädigte nur infolge seiner beruflichen Tätigkeit am Orte aufgehalten hat, an dem der Blutz eingeschlagen hat. Infolge dieser jetzigen Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes können von Blutschlägen in größtem Umfange Unfallschädigungen gewährt werden, als dies früher der Fall war.

Streiks und Lohnbewegungen.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzuenden; andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugang fort.

Augsburg. Bezug von Kupferschmieden für die Augsburger Maschinenfabrik streik fernzuhalten. Die organisierten Kollegen wurden von genannter Firma entlassen.

Dortmund. Ueber die Firma „Dortmunder Feinlektrokonstruktion“ wurde wegen schlechter Behandlung und Akkordreduzierung die Sperre verhängt.

Augsburg. Ueber die Firma L. A. Niedinger ist die Sperre verhängt.

Osnabrück. Im Osnabrücker Eisen- und Stahlwerk sind infolge einer allgemeinen Lohnreduzierung Differenzen ausgebrochen.

Geisweid. In der hiesigen Slegeländer Herdfabrik sind Differenzen entstanden.

Rheinberg. In den deutschen Solway-Werken sind wegen Maßregelung organisierter Kollegen Differenzen entstanden.

Dielefeld. Ueber die Firma Reinschagen & Rogt ist die Sperre verhängt.

Gebelsberg. Bei der Firma Hölten sind infolge von Lohnabzügen Differenzen entstanden.

Pforzheim. Sämtliche organisierte Kollegen und Kolleginnen der Holz-Stubenbranche sind ausgesperrt weil sie mit einem 10% Lohnabzug nicht einverstanden waren.

Zuzug ist fernzuhalten.

Wien i. N. Wie den Kollegen bekannt, schreibt würden den Metallischen Etanz- und Emailierern in Wien und uns ein Prosch, um die wischen uns

und der genannten Firma bestehenden Differenzen in klären. Wir ermahnen unsere Mitglieder, sich vor etwaiger Annahme von Arbeit in Wien bei unserm dortigen Verbandsvorstand zu melden.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 7. Juni der vierundzwanzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 7. bis 14. Juni 1908 fällig.

Zur Beachtung für wandernde und arbeitslose Mitglieder. Alle Kollegen, die Arbeit suchen, sind verpflichtet, sich stets zunächst bei der örtlichen Leitung des Verbandes zu melden, um sich über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Wo keine freigestellten Beamten und Arbeitsnachweise sind, hat diese Meldung dennoch bei dem Ortsgruppenvorstand zu erfolgen. In solchen Orten, wo keine Ortsgruppe oder Zahlstelle unseres Verbandes besteht, wende man sich an den zuständigen Bezirksleiter oder den Zentralvorstand. Das gleiche gilt auch für diejenigen Mitglieder, die ihre Arbeitsstelle am Ort wechseln.

Die Aufnahmebescheinigung von allen neu eintretenden Mitgliedern, auch von den aus anderen Organisationen übergetretenen, sind von jetzt ab genau auszufüllen, vom Kassierer der Ortsgruppe aufzubewahren und bei der Quartalsabrechnung mit einzusenden. Die Kassierer mögen dieses genau beachten, um sich später unnötige Arbeit zu ersparen.

Die Ortsgruppen Neutlingen und Werbold erhalten hiermit die Genehmigung zur Erhebung eines Extrabeitrages von 10 Pf. wöchentlich.

Die Redaktion hat die Entziehung statutarischer Rechte zu Folge.

Aus dem Verbandsgebiet.

Duisburg. Einen schönen Schritt vorwärts hat unsere Ortsgruppe in der gut besuchten Quartals-Versammlung am 24. Mai gemacht. Beinahe einstimmig wurde die Einführung des 70 Pf. Beitrages vom 1. Juni ab beschlossen. In dieser Frage war eine gründliche Aufklärung der Mitglieder vorhergegangen. In kleineren Besprechungen, wozu die einzelnen Vertrauensmänner (je einer oder zwei zusammen) ihre Mitglieder persönlich eingeladen haben, wurden sie durch ein kurzes Referat über die Notwendigkeit einer Beitragserhöhung aufgeklärt und ihnen auch Gelegenheit zu einer gründlichen Aussprache gegeben. Der Erfolg dieser zwar mühevollen (es haben annähernd 30 solcher Besprechungen stattgefunden) aber aufklärenden Kleinarbeit zeigte sich dann in dem Beschlusse, wie dem ganzen erhebenden Verlauf der Generalversammlung, die einen etwas eingehenden Bericht im Organ wert ist.

Unächst wurde der Rechenschaftsbericht vom 1. Quartal rekapituliert und dem Kassierer Entlastung erteilt. Aus dem Kassierenbericht war bemerkenswert, daß im 1. Quartal ds. J. allein 1083 Mark an Erwerbslosenunterstützung herausgegeben wurden, während es im vorigen ganzen Jahr zusammen 1026 Mark gewesen sind. An die Hauptkasse wurden 1808 Mark für das 1. Quartal abgeführt. Zu dem Hauptberhandlungsgegenstand: Beitragserhöhung und Beiträge zur Generalversammlung hielt Kollege Bergmann das einleitende Referat. In kurzen Zügen schilderte er zunächst die wirtschaftlichen und organisatorischen Verhältnisse in der Metallindustrie, dabei die Unternehmersonorganisationen und die Riesentapitalmacht der Eisen- und Stahlindustrie besonders betonend. Dieser wirtschaftlichen Macht der Unternehmer gegenüber könnten die Arbeiter nur dann Einfluß gewinnen, wenn sie finanziell leistungsfähige Organisationen hätten. Aus diesem Grunde heraus hätten wir Metallarbeiter schon mehrmals die Beiträge erhöhen müssen und auch jetzt handle es sich wieder darum, die Widerstandsfähigkeit unseres Verbandes zu stärken, indem wir zur Annahme eines noch stärkeren Kriegsfonds eine Erhöhung des jetzigen Beitrages um 10 Pf. pro Woche als notwendig bezeichneten. Sozusagen einstimmig hätten sich die Kollegen in den bisherigen kleineren Besprechungen für diese Erhöhung des Beitrages ausgesprochen. Die Ortsgruppe Duisburg am Sitz der Zentrale müsse es natürlich auch als Ehrenpflicht betrachten, in dieser Frage nicht an letzter Stelle zu kommen und wenn sie auch nicht die erste sei, da München, Düsseldorf, Hannover-Linden, Hamm i. W. usw. schon bahnbrechend vorgegangen seien, so wäre es jetzt allerdings die höchste Zeit, in dieser Reihe der Ersten mitzumarschieren.

Redner erörterte dann nochmals ausführlich die Gründe, die für die Beitragserhöhung sprechen und widerlegte sachlich aber überzeugend alle Gegeneinwände, wie sie gewöhnlich vorgebracht werden und besonders auch die Einwände, die in den vorhergehenden Besprechungen von einzelnen Kollegen zu Tage gefördert wurden. Wo sich Widerstand gegen die Beitragserhöhung zeigte, da wargelte es an der gewerkschaftlichen Schulung, an der Einsicht in unsere wirtschaftliche Entwicklung und deren Zusammenhänge. In einigen Fällen habe das sich in den Besprechungen deutlich gezeigt. So seien die Kollegen der Kupferhütte beeinflusst gewesen und als Gegner der Erhöhung in die Sitzung gekommen. Nach dem Vortrag des Referenten und einer eingehenden gegenseitigen Aussprache seien sie jedoch mit Ausnahme eines einzigen Mitgliedes alle aus Genuß

in Wankeln geworden. Dabei habe dann ein Kollege noch beigefügt, daß der eine Kollege, der die 10 Pfg nicht bezahle — und wie er gesagt habe, lieber hier dafür trinke — wolle, nicht weniger wie durchschnittlich 6 Mark pro Tag verdienen. Solche Leute müssen eigentlich tief bedauert sein von seinen opferwilligen Kollegen, die bei einem Verdienst von 3.— Mark, 3,50 Mark und 4.— Mark demnach gern und willig das kleine Mehrgeld für die Gesamtheit bräuhlen.

Der Referent erwähnte dann ferner, daß von einer Anzahl Kollegen eine gänzliche Abschaffung der Krankenunterstützung oder eine allgemeine Herabsetzung der Erwerbslosenunterstützung gewünscht worden sei. Er wolle nicht vorgreifen und es den betr. Kollegen überlassen, ob sie diese Wünsche in Anträge an die Generalversammlung formulieren wollten. Es sei aber jetzt schwierig, wenn nicht ganz unmöglich, die Krankenunterstützung ganz fallen zu lassen, nachdem sie nun einmal da sei. Doch eine Herabsetzung der Unterstützungssätze empfehle, darüber würden die Meinungen geteilt sein. Eins sei aber aber stets im Auge zu behalten, nämlich daß Ziel, die jetzige Erwerbslosenunterstützung weiter auszubauen, damit sie einmal unsern Kollegen die zweite Krankenkasse vollständig ersetzen könne. Dazu seien natürlich höhere Beiträge nötig und ein solcher Schritt lasse sich nicht von heute auf morgen machen, es bedarf eben alles seiner Uebergangsperiode.

Kollege Bergmann zerpfückte dann die weiteren „Gründe“ gegen eine Steigerung der Opferwilligkeit, wie Erschwerung der Agitation, Abbringen vieler Mitglieder, es sei zu viel, man könne es nicht zahlen, usw. Die Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung sei die schlagendste Widerlegung des Einwurfs, mit hohen Beiträgen könne man keine neuen Mitglieder gewinnen. Ebenso sei es Schwarzseherei, bei einer geringfügigen Beitragserhöhung von 10 Pfg. pro Woche von erheblichen Mitgliederverlusten zu reden. In Duisburg würde man die deshalb Ausstretenden an den Fingern der beiden Hände abzählen können, dafür bürge die Opferwilligkeit und vorgeschrittene Schulung der Duisburger Kollegen. Wenn aber einzelne Mitglieder angeblich wegen dieser Beitragserhöhung ausstreteten sollten, so seien das sogenannte unsichere Heerespflichtige, die nur auf eine Ursache zum Abbringen gekauert hätten. Solche Leute seien auch nicht dauernd zu halten, wenn keine Erhöhung, sondern eine Herabsetzung der Beiträge beschlossen würde. Der Redner schloß mit dem Ausdruck der sichern Erwartung, daß die Ortsgruppe Duisburg heute durch den Beschluß einer Erhöhung der Beiträge einen bedeutungsvollen Schritt in der Entwicklung weitergehen würde, zum Wohle des Verbandes und der Mitglieder.

Die Diskussion war eine sehr lebhaft und wurde vom Kollegen Heß eingeleitet. Er sprach sich für die Beitragserhöhung aus, glaubte aber, es sei gut, den diesbezgl. Beschluß des Hauptverbandes resp. Verbandstages abzuwarten, damit die Einheitlichkeit in der Sache gewahrt würde. Kollege Sauer erklärte es als selbstverständlich, dieser Beitragserhöhung zuzustimmen. Vor allem sei der Kampfescharakter des Verbandes hochzuhalten, ein weiterer Anstau des Unterstützungsweises deshalb abzulehnen. Die Unterstützungen dürften in unseren Gewerkschaften niemals Selbstzweck, sondern nur ein Mittel zum Zweck sein. Redner stellt den Antrag auf Einführung eines Wochenbeitrages von 80 Pfg., um dadurch unsere Ortsklasse desto leistungsfähiger zu gestalten. Kollege Baumann war ebenfalls für die Erhöhung auf 70 Pfg. und schloß sich im übrigen den Ausführungen des Kollegen Heß an. Kollege Wonnagart war, wie er anzuführt, von den Mitgliedern der Sektion Großenbaum beauftragt, gegen die Beitragserhöhung zu sprechen. Er selbst sei auch nicht dafür gewesen, aber die Ausführungen des Referenten hätten ihn doch überzeugt, und jetzt sei er persönlich nicht mehr gegen den 70 Pfg.-Beitrag. Aber er fürchte, daß manche neuen Mitglieder in Großenbaum verloren gingen: da mangelte es noch zu sehr an gewerkschaftlicher Schulung. Kollege Heß nahm nochmals das Wort und stellte den offiziellen Antrag, den 70 Pfg.-Wochenbeitrag vom 1. Juni an zu erheben, unter der Voraussetzung, daß der Mehrertag solange der Ortsklasse verbleibe, bis der Beschluß der Generalversammlung, 60 Pfg. an die Zentrale abzuführen, vorliegt. Kollege Frey regte diejenigen Mitglieder, die so häufig im Beitragszahlen sind. Die Einnahmen würden größer sein, wenn nicht so viele Zahlhauer vorhanden seien. Er beantragte dann einen Wochenbeitrag von einer Mark. Kollege Kefer ging näher auf die Ausführungen des Kollegen Wonnagart-Großenbaum ein. Er hoffe, daß zu der demnächstigen Versammlung in Großenbaum alle Mitglieder ohne Ausnahme erscheinen würden, dann könne Aufklärung geschaffen und das vorhandene Vorurteil beseitigt werden.

Nach einem kurzen Schlußwort des Referenten wurde zur Abstimmung über die vorliegenden Anträge geschritten. Für den weitgehenden Antrag auf eine Mark pro Woche stimmten 17 Kollegen, die gleiche Zahl auch für 80 Pfg. Dann wurde der Antrag Heß, vom 1. Juni an 70 Pfg. pro Woche zu erheben, mit allen gegen 7 Stimmen angenommen, was mit lebhaftem Bravo aufgenommen wurde. Hierauf wurde die Stellung von Anträgen zur Generalversammlung für die nächste Versammlung vertagt und die Konsumvereinsfrage noch des näheren behandelt. Diese Angelegenheit soll demnächst praktische Gestalt annehmen. Durch einstimmigen Beschluß wurde ein Antrag an das Ortskartell gerichtet, die Lösung der Frage nach Möglichkeit zu beschleunigen. Zu einer dann geplanten großen Versammlung sollen insbesondere die Arbeiterfrauen herangezogen werden. Die Versammlung, die gegen 11 Uhr geschlossen wurde, hat einen schönen und fruchtbareren Verlauf genommen und es ist nur daran auszufehen, daß sie um mindestens anderthalb Stunden zu lange gedauert hat. In Zukunft wird man sich mehr mäßigen und den Spruch beherzigen müssen: In der Kürze liegt die Würze.

Köln-Chrenseld. Großes Heil ist unserem Ehrenfeld widerfahren. Im hiesigen Emaillewerk „Casella“ ist nämlich ein gelber Wertverein gegründet worden. Schon bei Gelegenheit der letzten Reichstagswahl wurde versucht, unter den Arbeitern Stimmung für die Gründung eines „Vaterländischen Arbeitervereins“ zu machen. Dann ließ es, es solle ein Fabrikgenossenschaft gegründet werden. Zu Anfang dieses Jahres traten die im freien Porzellan- u. Verb. organisierten Arbeiter in eine Lohnbewegung

ein, welche zu Ungunsten derselben verlief, da der Konsumverein in einem die Arbeiter im Lohn ließ. Der Konsumverein der Fabrik wurde gemäßigter ohne daß von Seiten des Wertvereins etwas dagegen unternommen wurde.

Man glaubte die Direktion, daß das Geld gehörig vorgearbeitet sei, um zur Gründung des gelben Wertvereins schreiten zu können. Am Donnerstag, den 21. Mai wurde unter den Arbeitern im Betriebe das gelbe Bundeorgan „Die deutsche Treue“ sowie gelbe Flugblätter verteilt und gleichzeitig die Arbeiter zu einer Besprechung im Verbandslokale der „Streich-Dunderschen Gewerkschaft“ eingeladen. Den Vorsitz in der Versammlung führte der Betriebsleiter des Werks. Die Gründungsrede hielt der Genosse — parbon Meister Bende, indem er einen geschichtlichen Überblick auf die Vergangenheit warf und unter anderem anführte, daß nichts von Bestand sei. Die Macht der Natur, der Kräfte, der Witterung und Abwärtigen sei vergangen, aber nicht vergessen wurde die „Deutsche Treue“, die darin gipfeln, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer Hand in Hand gingen und so durch die Harmonie von Kapital und Arbeit die beiderseitigen Interessen gewahrt wurden. (Zeit dieses Sprechens) Es habe auch wenig Zweck, die hohen Beiträge in den Gewerkschaften zu zahlen, man habe ja doch nichts davon und könne im „Vaterländischen Arbeiterverein“ für wenig Geld seine Interessen vertreten. (?) Er empfahl eindringlich den Arbeitern den Beitritt zum gelben Verein.

Es waren zirka 100 Personen anwesend. Bei der Abstimmung über die Gründung waren 20 Mann dagegen. Ihr Widerstand war aber nicht von langer Dauer. Am anderen Tage wurden dieselben bearbeitet und als sie gar hörten, daß in der nächsten Versammlung ein Fabrikarbeiter aufgelegt und in nächster Zeit ein Ausflug veranstaltet werde, schrumm, da waren sie von der Notwendigkeit des gelben Wertvereins überzeugt und traten bei.

Es ist traurig, daß es Arbeiter gibt, die durch solche Mittel auf ihr vornehmstes und geschlechtlich gewähltestes Recht, das Koalitionsrecht, verzichten. Nun, den betörten Arbeitern werden noch die Augen aufgehen; möge es dann nicht zu spät für sie sein. Auffällig ist, daß die Herren Genossen mit allen Mitteln für die Gründung eintreten. Für unsere Kollegen soll es ein Ansporn sein, mit aller Kraft unter den Arbeitern Aufklärung zu schaffen über den wahren Charakter der „Vaterländischen Arbeitervereine“, damit die „gelbe Gefahr“ nicht weiter in Ehrenfeld um sich greift.

Vom Mittelrhein. Allmählich gewinnt auch in der hiesigen Gegend die christliche Gewerkschaftsbewegung an Boden und Bedeutung. Eine Zahlstellenkonferenz der christlichen Gewerkschaften des Bezirks Koblenz-Neuwied, welche am Sonntag, den 13. Mai in Neuwied stattfand, nahm einen äußerst anregenden Verlauf und dürfte sicher ihre günstige Nachwirkung nicht verfehlen. Es waren 32 Zahlstellen (sowie der 1600 Mitglieder zählende Stein- und Arbeiter-Verein) durch 64 Delegierte vertreten. Auch hatten sich eine Anzahl Gäste eingefunden. Die Ergebnisse dieser Tagung dürften aus der einstimmig gefaßten Resolution ersichtlich sein. Dieselbe lautet: „Die am 17. Mai in Neuwied tagende Zahlstellenkonferenz, welche sich aus 32 Zahlstellen, die durch 64 Delegierte vertreten sind, zusammensetzte, die eine Mitgliederzahl von 3000 repräsentieren, nahm mit großem Interesse die Ausführungen der Referenten und Diskussionsredner entgegen.“

Der Stand und die Verhältnisse der im Koblenz-Neuwied Gebiet sowie dem Westerwald und der Hunsrück wohnenden organisierten und zahlreich noch unorganisierten 40 bis 45000 Industriearbeiter lenken in erhöhtem Maße die Aufmerksamkeit der christlichen Verbände auf sich. Ist auch der Stand der christlich organisierten Arbeiter ein ansehnlicher, so drängen doch die verhältnismäßig energisch dazu, mehr wie bisher Aufklärungsarbeit zu verrichten und nach Mitteln zu suchen, um:

1. Die Agitation für die einzelnen Verbände wirksam zu gestalten;
2. dieselbe so zu gestalten, um unserer Bewegung die gebührende Achtung sowohl der gesamten Arbeiterschaft als auch der Unternehmer, wie auch der breiten Öffentlichkeit zu verschaffen.

Als geeignete Mittel sind zu betrachten: 1. Durchbildung und Schulung unserer Vorstände und Vertrauensmänner der einzelnen Ortsgruppen. 2. Erziehungsarbeiten zur geistigen Hebung wie zur Opferwilligkeit unserer Mitglieder. 3. Fühlungnahme mit anderen Korporationen, den professionellen Arbeiter- und sonstigen Vereinen. 4. Beobachtung der teilweise sehr unwohligen Kampfesweise der verschiedenen uns feindlich gesinnten Verbände und Anwendung der diesbezüglichen geeigneten Abwehrmittel.

Ferner beschlossen die anwesenden Vertreter der Ortsgruppen zur Erleichterung und Durchführung dieser Aufgaben die Errichtung eines Bezirkskartells, wodurch die einzelnen Ortsgruppen mehr gegenseitig in Fühlung gebracht und die Verhältnisse geklärt werden können. Errichtung von sozialen Institutionen, Führungnahme mit der Gewerkschaften, den kommunalen Verwaltungen, Pflege des Arbeitsnachweises, auch die Förderung der Volksbildungsanstalten zur Beschränkung der arbeiterversuchenden Klim-Bims und noch anderes mehr sollen dem Bezirkskartell obliegen.

Mit dem Gelöbnis, entschieden im Sinne der Konferenz zu wirken und für die praktische Durchführung der Beschlüsse zu sorgen, wurde die Tagung mit einem Schlußwort des Generalsekretärs Stegerwald geschlossen. Möge die Veranstaltung nun auch tatsächlich gute Früchte tragen in diesem Gebiete für die gesamte christliche Arbeiterbewegung. Für unsern christlichen Metallarbeiterverband ist insbesondere im Neuwieder Bezirk noch ein großes Arbeitsfeld. Kollegen von Felich, Neuwied usw., nicht erlahmen in der Agitation, bis alle christlich gestimmten Kollegen der Metallindustrie in unserm Verbandsbezirk einig sind.

Zella-Mehlis (Thüringen). Unsere Verbandskollegen drängen im weiten deutschen Vaterlande haben bisher von uns noch kein Wort vernommen. Deshalb wollen wir auch einmal von unserem Dasein durch das Verbandsorgan Kunde geben. Es hat große Mühe gekostet, bis hier

in seinen sacrumwobenen Adornate Wande der Arbeit die Organisation besonders notwendig, denn so schön hier die Natur, so elend sind die Arbeits- und Wohnverhältnisse. Ein großer Teil der hiesigen Arbeiterschaft hat sich leider bis heute um gar nichts gekümmert. Gebührend und still haben sie ihr schweeres Joch getragen. Von dem mit großem Eifer agitierenden Sozialdemokratie und ihren Jogen „freien“ Gewerkschaften wollen viele Kollegen nichts wissen. Da war es an der Zeit, daß die christlichen Gewerkschaften auf dem Plan erschienen, um die christlich-nationalen Arbeiter unter ihrem Banner zu sammeln.

Kollegen von Zella und Mehli! Ein erfolgreiches Anfang ist nun gemacht, jetzt schließt die Reihen, keiner stehe zurück! Der christliche Metallarbeiterverband hat durch seine bisherige Tätigkeit zum Wohle der Arbeiter den Beweis erbracht, daß ihm keine andere Organisation in der wirksamen Vertretung der Arbeiterinteressen über ist. Daher hinein in diese Organisation bis zum letzten Mann. Hoch das Banner der christlich-nationalen Arbeiterbewegung!

Delbe Seitens des hiesigen christl. Gewerkschaftskartells ist eine Bibliothek eingerichtet worden. In der letzten Kartell- und Vertrauensmännerführung wurde als Bibliothekar der Kassierer der Holzarbeiter, Kollege Heinrich Heitmeier gewählt. Er wohnt Delbe-Stadt, Lehmannswall. Die ersten Bücher können Sonntag, den 7. Juni abgeholt werden. Dann hat das wecheln der entliehenen Schriften jeden ersten Sonntag im Monat zu erfolgen. Die Benutzung der Bibliothek ist unentgeltlich; wer aber ein Buch länger wie einen Monat behält, hat für jeden weiteren Tag einen Pfennig Leihgebühr zu entrichten. — Diese neu geschaffene Einrichtung kann allen Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften in Delbe zur eifrigen Inanspruchnahme dringend empfohlen werden.

Winnen-Wehmar. Unter den hiesigen Arbeitgebern scheint sich wohl aus Anlaß der schlechten Konjunktur eine besondere Sucht nach Verschlechterungen der Arbeitsverhältnisse breitet zu machen. So mußte sowohl bei der Firma Rothhof u. Plume, wie auch Plun u. Lenz die Organisation eingreifen, um den betreffenden Arbeitgebern begreiflich zu machen, daß die Willkürherrschaft in Winnen zu bestehen aufgehört und unter den dortigen Arbeitern doch wenigstens einigermaßen Selbstbewußtsein Platz gegriffen hat. Auf der „Westfalia-Wüste“ in Wehmar läßt leider die Behandlung seitens des Meisters G. . . . wieder zu wünschen übrig. Nachdem derselbe vor nunmehr längerer Zeit von einem Former verbannt wurde, und auch später einmal bei der Direktion über ihn Beschwerde geführt wurde, war eine kleine Besserung zu verzeichnen. Er kann es aber immer noch nicht unterlassen, in seine alten Sünden zurückzufallen. Ausdrücke wie „Tagelöhner, Waschweiber“ u. a. m. sind nichts ungewöhnliches. Bei einem solch „gebildeten“ Mann war es darum, wenn auch nicht zu entschuldigen, so doch zu begreifen, daß er vor Hochmut nicht einmal wußte, ob er einem seiner Former, der bei der Firma sein 50jähriges Arbeitsjubiläum feierte, beglückwünschen soll. Während beim Direktor, den Bürobeamten, Meistern und Arbeiterkollegen der erste Gang in der Fabrik an die Arbeitsstelle des betr. Arbeiters war, um ihm zu gratulieren, glaubte sich Meister G. . . . dazu viel zu erhaben. Doch, wir haben ihm unrecht getan, — abends bei 8 Freibier war er der erste. — Er scheint also nur körperlichen, aber keinen geistigen Genüssen zugänglich zu sein. Hoffentlich tragen diese Zeilen dazu bei, ihn auf den Weg der Besserung zu führen, aber bald, sonst verlieren die Former die Geduld und müssen andere Wege einschlagen.

Daß solche Zustände möglich sind, haben sich zum großen Teil die Kollegen selbst zuzuschreiben. Es dürfte auf der „Westfalia“ seitens der so zahlreich organisierten Kollegen ein strafferes Regiment eingeführt werden, um den Indifferenten begreiflich zu machen, daß es auch für sie Zeit ist, sich endlich der Organisation, dem christlichen Metallarbeiterverband anzuschließen. Statt dessen wird von Seiten mancher Kollegen mit den Unorganisierten viel zu viel geliebäugelt, statt geschloffen diesen Leuten gegenüberzutreten und sie auf das Schädliche und Verwerfliche ihrer Interessentlosigkeit aufmerksam zu machen. Je stärker wir auf der „Westfalia“ vertreten sind, desto energischer kann jeder Willkür solcher Meister entgegen getreten werden. Dies den Kollegen von Wehmar zur Beherzigung. Die Parole für die Arbeiter der „Westfalia“ muß lauten: Mann für Mann hinein in den christlichen Metallarbeiterverband!

us Lothringen. Ein Artikel in Nr. 17 unseres Organs, betitelt: „Lothringen, eine italienische Kolonie“, hat an einigen Stellen Anstoß erregt. Vom Direktor des italienischen Hilfsvereins in Metz, Herrn Dr. Caselli, erhielten wir eine Zuschrift, worin es als unwarhaft bezeichnet wird, daß der Hilfsverein sich durch einen Aufruf an die Unternehmer gewandt hätte. Der Verein habe Anfang 1907, also vor bereits 1 1/2 Jahren, ein Zirkular an die Arbeitgeber geschickt. In diesem Zirkular, das dem Schreiben beigelegt war, heißt es nach einer Erläuterung des Zwecks des italienischen Hilfsvereins:

„Die Zahl der hier im Laufe des Jahres und hauptsächlich in den ersten Monaten eintreffenden Italiener, die sich im allgemeinen an uns wenden, um Zuweisung von Arbeitsangelegenheit, kann wohl auf 25 000 geschätzt werden, so daß wir in der Lage sind, Arbeiter aus bekannten Arbeitsstellen zuzuwiesen. Daher sind Sie gebeten, falls bei Ihnen italienische Arbeitskräfte erforderlich sind, bei uns Ihre Aufträge einreichen zu lassen mit folgenden Angaben: 1. Die Zahl der erforderlichen Arbeiter. 2. Die Art und wahrscheinliche Dauer der Beschäftigung. 3. Der Stundenlohn.“

Wir halten uns verpflichtet, Sie darauf aufmerksam zu machen, daß es in Ihrem Interesse liegt, die Aufträge uns einige Zeit vor dem Beginn der Arbeit zukommen zu lassen. Die Leistungen des Sekretariats sind für Arbeitgeber und Arbeiter unentgeltlich. Hochachtungsvoll Der Direktor: Dr. Caselli. P.S. Das Sekretariat kann die Veranlassung nicht übernehmen, die Arbeiter dort hinzuweisen, wo Streiks, Aussperrungen oder sonstige Zwistigkeiten zwischen Arbeitern und Arbeitgebern herrschen.“ Man kann allerdings der Meinung sein, daß dieses Zirkular den Zweck eines Aufrufs iedenfalls auch erfüllen

Reichsvereinsgesetz in Bayern

Zur Handhabung des Vereinsgesetzes in Bayern wird uns von einem Kollegen noch ergänzend geschrieben:

Vor dem Inkrafttreten des neuen Vereinsgesetzes waren dem bayerischen Landtage von fast allen Parteien Anträge zugegangen, für rechtliche Vollzugsbestimmungen. Indes hat nun das Staatsministerium die Vollzugsbestimmungen erlassen, die sich im wesentlichen mit den gestellten Anträgen decken. In den darauf folgenden Verhandlungen im Landtag wurde das Gesetz kritisch gewertet, formell ergänzt und schließlich sanktioniert. Bedauert wurde von den christl. Arbeitervertretern, daß die Regelung des Koalitionsrechtes nicht zu gleich damit erfolgte. Interessant war die Mitteilung des Ministers, daß sich die vier süddeutschen Staaten über gemeinsame Vollzugsbestimmungen geeinigt hätten. Hier kurz das Wesentlichste der Vollzugsbestimmungen:

Zu § 12 wird verfügt: Zu den im § 6 Abs. 3 des Gesetzes bezeichneten Versammlungen ist der Gebrauch einer nichtdeutschen Sprache zulässig.

In anderen öffentlichen Versammlungen ist neben den im § 12 Abs. 2 des Gesetzes bezeichneten Fällen der Mitgebrauch einer nichtdeutschen Sprache gestattet. In der Entschließung heißt es dann weiter:

Die nichtpolitischen Vereine unterliegen nicht dem Vereinsgesetz; sie sind daher künftig von der Pflicht der Anzeige ihrer Gründung und jeder Veränderung ihrer Vorstandschaft oder ihrer Zwecke befreit.

Aus den Vollzugsanweisungen sei noch entnommen:

Die mit dem Vollzuge betrauten Behörden und Beamten haben sich mit dieser Anweisung gleichwie mit der genannten Bekanntmachung und dem Gesetze selbst auf das eingehendste vertraut zu machen, damit dem Gesetze der entsprechende objektive und nicht engherzige Vollzug zuteil wird.

Dann noch das wichtigste: Gewerkschaftliche Vereine, die innerhalb des Rahmens des § 152 der Gewerbeordnung sich nur mit Berufs- und Standesfragen ihrer Mitglieder befassen, sind als politische Vereine nicht anzusehen. Vorstehendes dokumentiert wieder einmal die politische Luft des Südens.

Arbeiter-Museum in Bayern

Das kgl. bayerische Arbeiter-Museum, das frühere Museum für Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen (München, Pfarrstraße 3) hat kürzlich, wie der „Arbeiter-München“ berichtet, seinen zweiten Jahresbericht veröffentlicht. Derselbe gibt Zeugnis, daß das Museum sich in einer erfreulichen Fortentwicklung befindet. Die Sammlungen haben sich recht bedeutend vermehrt, was schon daraus hervorgeht, daß sich die Zahl der betriebsbereiten Maschinen von 24 auf 33, die Zahl der zum Antrieb nötigen Motore von 5 auf 7 vermehrt hat. Der Umstand, daß nunmehr sämtliche Maschinen im Betriebe vorgeführt werden, hat die Darbietungen des Museums besonders wertvoll und lehrreich gestaltet.

Der Besuch hat sich im abgelaufenen Jahre gegenüber den früheren Jahren, wo die Anlage sich noch in provisorischen Räumen befand, durchschnittlich um das Fünffache erhöht. Er betrug insgesamt rund 10 000 Personen. Im Juni des Vorjahres konnte das Arbeitermuseum eine Sonderausstellung über Verhütung und erste Bekämpfung von Feuer-, Explosions- und Erstickungsgefahren eröffnen. Das Interesse hierfür dauert auch gegenwärtig noch an, da ein guter Teil der Gegenstände von den ausstellenden Firmen dem Museum auf lange Zeit leihweise oder auch direkt schenkungsweise überlassen wurde. Die Fachbibliothek hat durch die Vereinstellung von Mitteln seitens des kgl. Staatsministeriums eine wesentliche Bereicherung erfahren; mögen diese Beilen dazu Anregung geben, daß sie mehr wie bisher auch noch benützt werde. In bezug auf die Abgabe von Gutachten kam das kgl. Arbeitermuseum im Berichtsjahre nur zweimal in die Lage, solche zu erstatten, dagegen wurden eine ganze Reihe von Auskünften über die verschiedensten Angelegenheiten erteilt. Weitere Besserung ist in dieser Richtung von einer fortgesetzten aufklärenden Tätigkeit seitens der Gewerbeaufsichtsbeamten, zum Teil aber wohl auch von dem für 1908 vorgesehenen Propaganda-Programm zu erwarten.

Viele sozial interessierten Kreise und insbesondere Arbeiter, die zum Besuche der „Ausstellung München 1908“ in die bayerische Residenz kommen, sollten auch dem Arbeitermuseum einige Stunden widmen. Das Museum ist geöffnet an allen Wochentagen (Montag ausgenommen), von 10-1 Uhr vormittag, Dienstag und Donnerstag auch von 6-8 Uhr abends; an Sonn- und Feiertagen von 10-1 Uhr mittag. In besonderen Fällen ist der Besuch auch außerhalb dieser Zeit gerne gestattet; für vorher angemeldete größere Gruppen werden auf Wunsch besondere Führungen zu vereinbarten Zeiten veranstaltet. Die Delegierten unseres bevorstehenden Verbandstages in München werden sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen, das Arbeitermuseum zu besichtigen.

Weibliche Gewerbeinspektionsbeamten

Sind in Italien jetzt zum erstenmal eingeführt worden; die erste Gewerbeaufsichtsbeamtin war bisher organisatorisch in der Gewerkschaft der Schneiderinnen in Mailand tätig, hat einen besonderen Kursus zur Ausbildung für ihr Amt durchgemacht und ist jetzt als erste Frau der staatlichen Gewerbeaufsicht eingestellt.

zu sprechen. Er führt an: Buchdrucker, Lithographen, Textilarbeiter, Holzarbeiter und Bauarbeiter. Letztere hätten in diesem Jahre einen Tarif zunächst über 23 Städte Deutschlands abgeschlossen.

In der Metallindustrie steht es noch schlecht. In Berlin werden in der Regel 10 Stunden gearbeitet. In Westpreußen sieht es geradezu jämmerlich aus. Schichtarbeit beträgt als höchsten Satz 25-28 Btg. pro Stunde. Hier in Stettin ist es nicht viel besser. Das Vorgehen seitens der Gewerkschaft gegen die Unternehmer ist verschieden. Früher waren die Unternehmer Konkurrenten unter sich; dies hat sich aber seit Gründung der Unternehmerorganisationen gründlich geändert. Wenn früher die Sozialisten die Unternehmer ob ihrer Schwäche verspotteten, so tun sie es jetzt nicht mehr. Das Kapital hat sich in Aktiengesellschaften usw. konzentriert. So ist z. B. die Firma Krupp mit 200 Millionen Mark und der Vulkan mit 50 Millionen Mk. fundiert. Ebenso finden fortwährend Fusionen statt. Das Kohlenprejudikat reguliert den Kohlenverkauf bis ins kleinste. Hier knüpft Redner an den großen Bergarbeiterstreik an. Wenn auch der Textilarbeiterstreik, bei dem es sich um Verkürzung der Arbeitszeit handelte, die Bürgerchaft in der Hauptsache wohlwollend betrachtete, so stand hinter den kämpfenden Bergarbeitern ganz Deutschland.

Dann führt Redner nochmals den Kampf der Arbeiter auf den Sozialdemokraten in Kiel vor Augen und die damit verbundene drohende Aussperrung. Die wirtschaftliche Krise, welche im November v. J. einsetzte, lag teilweise im Geldmarkt. Wenn statistisch nachgewiesen sei, daß auf 100 offene Stellen 92 Stellensuchende kamen, so kommen jetzt auf 100 offene Stellen 140 Stellensuchende. Eine Besserung sei noch nicht abzusehen.

Alle Hindernisse müssen wir zu überwinden suchen, und unsere Taktik nach dem organisierten Unternehmertum einrichten. Wir müssen als Metallarbeiter in Zukunft das zu erreichen suchen, was andere Organisationen durch schwere Kämpfe erreicht haben. Unsere Aufgabe muß sein, für den Ausbau unseres christlichen Metallarbeiterverbandes zu sorgen. Es wird sehr auch notwendig sein, den Verbandsbeitrag um 10 Pfennig zu erhöhen. Das letzte Jahr hatte eine Ausgabe von 78 000 Mark für Erwerbslosen-Unterstützung. Redner rekapituliert seine Ausführungen und schließt mit dem Wunsche, daß alle Kollegen für den christlichen Metallarbeiter-Verband eintreten möchten und für seine Ausbreitung am Orte Sorge tragen sollten.

Reicher Beifall lohnte den Referenten für seine trefflichen Ausführungen. In der Diskussion ergriff nur der anwesende Kartellvorsitzende, Kollege Schitorra, das Wort. Er betonte die Interkonfessionalität der christlichen Gewerkschaften, ging auf die Lage in Stettin ein und forderte zu energischer Agitation auf. In seinem Schlusswort sprach Kollege Winter über die freien Gewerkschaften und ihren Zusammenschluß mit der Sozialdemokratie. Will die Arbeiterschaft etwas erreichen, so kann sie nur das durch sich selbst. Wir als christliche Männer haben keine Ursache, ängstlich zu sein. Jeder tue seine Pflicht, dann wird auch hier in Stettin unsere Bewegung vorwärts gehen. - Also Kollegen, auf zur Agitation! Jeder sei Agitator, dann werden sich auch unsere Reihen stärken. J. Sch.

Aus dem Unternehmerlager.

Die Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände

Unter den Arbeitgeberverbänden nimmt die am 12. April 1904 ins Leben gerufene „Hauptstelle“, unter dem maßgebenden Einfluß des Zentralverbandes deutscher Industrieller stehend, zweifellos die bedeutendste Stellung ein. Als einzigermaßen gleichartige Gruppe kommt nur noch der „Verein deutscher Arbeitgeberverbände“ in Betracht, der, weniger aus prinzipiellen, als vielmehr aus persönlichen Gründen, unter Führung des Zentralverbandes im Mai 1904 gebildet wurde.

Der „Hauptstelle“ gehörten am Anfang des Jahres 1907 unter Anrechnung der Unterverbände 111 Organisationen an, 13 mehr wie im Vorjahre. Die Zahl der in den Betrieben der Mitglieder der Hauptstelle beschäftigten Arbeiter betrug nach der Gründung der Hauptstelle im Jahre 1904: 456 731, im Dezember 1905: 711 899, im Dezember 1906: 781 976, im Dezember 1907 etwa 900 000. (Die Zahlen sind die Durchschnittszahlen des ganzen Jahres, nicht die Höchstzahlen.) In der Hauptstelle sind organisiert: die gesamte deutsche Textilindustrie mit ganz wenigen kleinen Ausnahmen, die Eisenindustrie des Westens, der Braunkohlenbergbau, der Bergbau des Nacheren Bezirks, die Papierindustrie und endlich - neben einer Anzahl von Spezialindustrien - die Glasindustrie. (Demgegenüber ist das Rückarat innerhalb des „Vereins deutscher Arbeitgeberverbände“ der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller, der sich wesentlich auf Mittel- und Norddeutschland bezieht.)

Die „Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände“ steht mit dem „Verein deutscher Arbeitgeberverbände“ in einem Kartellverhältnis. Die finanziellen Verhältnisse der „Hauptstelle“ und der angeschlossenen Organisationen sind nicht klar zu übersehen. Einen ungefähren Maßstab der finanziellen Mittel ergibt die Tatsache, daß die „Hauptstelle“ auf 1000 Mark Lohnsumme 25 Btg. erhebt. Davon erfordern Verwaltungskosten, Agitation und sonstige laufende Ausgaben etwa ein Achtel, während dem Kriegsfonds rund sieben Achtel zugeführt werden. - Die Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände richtet sich hauptsächlich gegen die Bestrebungen der Arbeiter. Zwar wird stets betont, daß nur „unberechtigter“ Arbeit der Arbeiter bekämpft werden sollen. Allein, man kennt das! Die christlichen Arbeiter tun gut, sich immer enger zusammenschließen und einzuzugreifen, damit die Bäume der Unternehmerverbände nicht in den Himmel wachsen.

an. Möglich ist's, fogar, daß durch dieses Angebot erst nachher Unternehmer zur Einstellung von ausländischen Arbeitskräften veranlaßt wurde, da er ja nun genau wußte, wohin er sich wenden mußte, um Ausländer zu bekommen. Ob man das nun A u f r u f oder B r u k u l a r nennt, ist nur ein Spiel mit Worten.

Herr Dr. Caselli schreibt weiter, daß er, resp. der Hilfsverein, den Zugang nicht begünstigt, sondern im Gegenteil bei der jetzigen schlechten Geschäftslage verhindert habe. Wir wollen das nicht bezweifeln und begrüßen es, wenn der Hilfsverein in der Weise den allgemeinen Arbeiterinteressen zu dienen sucht. Wenn der Verfasser des Artikels in Nr. 17 hierin falsch berichtet war, so haben wir keinen Grund, diese Angaben aufrecht zu erhalten.

Von anderer, wohlinformierter Seite wird uns dann auf genaue Erläuterungen mitgeteilt, daß die Schlichtung der italienischen Arbeiter vornehmlich die Bezeichnung als „Streikbrecher und Lohndrücker“, in der allgemeinen Form doch zu weit gehe. Eine große Anzahl italienischer Arbeiter ständen durchaus nicht auf so niedriger Bildungsstufe und besäßen auch Solidarität und Standesbewußtsein genug, um nicht gegen ihre deutschen Arbeitskollegen, sondern mit ihnen zu halten. Wir nehmen von dieser Mitteilung gern Notiz und bemerken ausdrücklich, daß uns nichts ferner gelegen hat, als die italienischen Arbeiter persönlich zu verlegen. Wir wissen auch zu genau, daß dort, wo ausländische Kollegen gegen deutsche Arbeiter ausgepielt werden, nicht Bosheit der ersteren, sondern stets die Gewinnsucht und der Egoismus im Haupt-Grundpunkt der Unternehmer die Hauptbeweggründe sind.

Deshalb muß es jedem Arbeiterfreund darum zu tun sein, die ausländischen Arbeiter aufzuklären und zu Verbänden der einheimischen Arbeiter zu erziehen. Ob aber Herr Dr. Caselli den guten Willen hat, bei dieser wichtigen Arbeit im Dienste der Gesamtarbeiterschaft mitzuwirken, müssen wir nach dem bisigen, teilweise höhnischen Ton seines Briefes und seiner ganzen Haltung gegenüber den christl. Gewerkschaften leider bezweifeln. Dennoch wollen wir die Hoffnung nicht aufgeben, daß es auch in Solingen bald gelingen möge, die italienischen Arbeiter für den Organisationsgedanken zu gewinnen und sie unter der Fahne der christlichen Gewerkschaften zu vereinigen.

Delmenhorst. Die Illusion mancher Kollegen und masochischer Genossen, für den christl. sozialen Metallarbeiterverband sei hier kein Platz vorhanden, ist durch die Gründung einer Zahlstelle in hiesigem Orte zertrümmert worden. Lange Vorarbeiten waren nötig, um die Kollegen von der Notwendigkeit des Zusammenchlusses auf christlich-nationaler Grundlage zu überzeugen. Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter verlangt von allen angeschlossenen Kameradkollegen, daß sie sich mit aller Energie der Agitation widmen, soll das begonnene Werk seiner endgültigen Vollendung entgegen gehen. Es ist nicht genug, daß man eine Zahlstelle ins Leben ruft, sondern die Hauptarbeit und Pflicht besteht darin, für das Fortbestehen und Gedeihen derselben alles aufzubieten, um dem jungen Sprößling für bevorstehende Taten zu stärken.

Diese Gedanken gab auch Kollege Schulte aus Bremen in der Gründungsversammlung kund und legte dar, daß jeder Arbeiter es als seine vornehmste Aufgabe betrachten müsse, andern nützlich zu sein. Arbeitersekretär Wrenny wies die Inhabbarkeit der Klassenkampftheorien, welche als Grunddogma der sozialdemokratischen Gewerkschaften stets gelehrt wird, sehr treffend nach. Die Anwesenden stimmten, mit Ausnahme eines Genossen, den Ausführungen der Redner zu und eine stattliche Anzahl erklärten ihren Beitritt zu unserem Metallarbeiterverband. Als Hauptfunktionäre des Vorstandes wurden gewählt: Nikolaus Guß, Teppichstraße 14; Friedrich Moses, Lilienstraße 36 und Kollege Fleischer. Möge die junge Zahlstelle weiterwachsen und alle Arbeiter zur Erkenntnis kommen, daß Tatendrang und Mannesmut in diesem Stande sind, für den ganzen Stand Großes zu vollbringen.

Stettin. Seit einiger Zeit herrscht neues Leben in unserer Zahlstelle. Dies verdanken wir der drohenden Metallarbeiter-Aussperrung auf dem Vulkan, den Oberwerken u. Dadurch hat sich unsere Mitgliederzahl gehoben. Am Sonnabend, 16. Mai hielt Kollege Winter in einer Extraversammlung einen Vortrag über: „Die wirtschaftliche Situation und welche Aufgaben erwachsen für uns Gewerkschaftler?“ Zu dieser Versammlung waren die Kollegen vollständig erschienen, was von Interesse für unsere Sache zeigte. Ebenso waren auch einige Kollegen anderer („freier“) Organisationen erschienen. Er führte u. a. aus:

Auf der hiesigen Schiffbauwerft Vulkan strömen tausende von Arbeitern zusammen, trotzdem hat der Vulkan mehr Macht als die bei ihr beschäftigten Arbeiter insgesamt. Die wirtschaftliche Organisation will alle Arbeiter zusammenschließen. Die christl. Gewerkschaft will die Arbeiter sittlich und moralisch auf eine höhere Stufe bringen; Arbeiter und Arbeitgeber zu Tarifverträgen bewegen. Redner führte die sozialistischen Gewerkschaften mit ihrer Weltanschauung an, mit ihrem Atheismus und ihrem parteipolitischen Wesen. Die „Freien“ sagen, die Welt, wie sie jetzt ist, ist von selbst entstanden, es sei alles natürliche Entwicklung. Der Mensch sei das höchst entwickelte Tier. Die Regierung sei nur ein Ausschuß, um die Ausbeutung der Arbeiter durch die Unternehmer zu unterstützen. Macht ist Recht u. Mit solchen Grundbegriffen können wir christl. Gewerkschaftler uns nicht einverstanden erklären. Deshalb auf einer Seite christlich-nationale, auf der anderen sozialistische Arbeiter. Das Christentum hat sich Jahrtausende als Kulturfördernd gezeigt; dagegen scheint die sozialistische Bewegung schon ihren Höhepunkt überschritten zu haben und hat sich mit ihren Umsturzbestrebungen als Kulturschädlich gezeigt. Wir als christliche Männer müssen aber alles das, was uns als Recht zukommt, mit aller Verbe verteidigen. Wenn manche sagen, es hat früher ohne Organisation gegangen, weshalb soll es jetzt nicht gehen, so sei das ein ganz verkehrter Standpunkt. Ein Blick auf die Unternehmer-Organisationen müßte jedem Arbeiter sagen, daß sein Platz nur in der Organisation ist. Redner beleuchtet die frühere Produktionsweise in England, wo die Kinder 18 Stunden arbeiten mußten. Die Spinner erreichten ein Durchschnittsalter von 19 Jahren. Da endlich sah sich die Regierung genötigt, um einer gänzlichen Volksentkräftigung vorzubeugen, einzugreifen. Redner wies auf die großen Kämpfe einzelner Organisations-

In Deutschland erfolgt die Ausbreitung der weiblichen Gewerbeinspektion im Jahre 1907 insofern eine Erweiterung, als eine Assistentin von Elisch-Lothringen mit dem Sitz in Comar. i. E. angeheilt und die Ernennung einer weiteren für Schwarzburg-Sondershausen vom dortigen Landtag beschloffen wurde. In ganz Deutschland sind nunmehr über 20 Frauen bei der Gewerbeinspektion tätig; damit steht Deutschland, was die Zahl anbetrifft, an der Spitze des Fortschrittes auf diesem Gebiete.

In Frankreich sind 18 Inspelatorinnen tätig, davon 12 allein in Paris. Leider ist der Geist, der die Behörden erfüllt, nicht immer so, daß ein ersprießliches Mitarbeiten der Frauen unter allen Umständen gesichert bleibt. So nahm die badische Fabrikinspektorin, Doktor Marie Baum, ihren Abschied, weil ihr aus Rücksicht auf die „männlichen Gefühle“ ihrer Kollegen ein selbständiges, ihrer Stellung entsprechendes Arbeiten unmöglich gemacht wurde. Das Amt wurde Dr. Münzinger übertragen. In Hessen sind mehrere Assistenten aus dem Arbeiterstande als Hilfskräfte angestellt, aber noch keine Frauen.

Zur Einführung des Zehnstundentags

Die im Dezember vorigen Jahres eingebrachte Novelle zur Gewerbeordnung sieht u. a. auch die Einführung des zehnstündigen Maximalarbeitstages für Arbeiterinnen vom 1. Januar 1910 ab vor. Da auch jetzt wieder Stimmen laut werden, die vom Standpunkte der Industrie aus lebhafteste Bedenken nach der Richtung hin äußern, ob nicht etwa eine Verkürzung der Arbeitszeit eine wesentliche Produktionsverminderung nach sich ziehen könnte, dürfen einige Urteile über den Einfluß verkürzter Arbeitszeit auf die Produktion von allgemeinem Interesse sein, die wir in dem eben erschienenen Jahresbericht der badischen Fabrik-Inspektion für das Jahr 1907 finden.

„Bei der Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde wurden,“ so heißt es hier gleich zu Anfang, „Klagen über Produktionsausfall oder geringeren Verdienst nicht laut. Bei weiterer Einschränkung findet sich aber sogar innerhalb gleichartiger Gewerbezweige keine Uebereinstimmung mehr. Der Leiter eines großen Textilunternehmens erklärte, es werde jetzt bei 10 Stunden mehr als vorher in 11 Stunden produziert; man könne bei den Arbeitern ganz deutlich einen vermehrten Eifer und intensiveres Arbeiten feststellen. Allerdings werde es von einzelnen zu häufig und zu oberflächlich gearbeitet und daher unsaubere Ware abgeliefert, er hoffe aber, daß dieser Mangel bald nachlasse. Eine Vermehrung der Produktion beweiße schon der Umstand, daß er mit den Werkzeugen nicht mehr nachomme. Ausfall an Arbeitslohn sei nicht zu verzeichnen, die Leute verdienen sogar mehr.“

Ein anderer Textilindustrieller, der seit Jahren Statistik über die Leistungsfähigkeit der Webstühle führt, äußert sich folgendermaßen: „Nachdem in früheren Jahren die Einführung der Zehnstündigen die Möglichkeit einer Steigerung der Stuhlleistung gebracht hatte, sei seit Verkürzung der Arbeitszeit von elf auf zehn Stunden wieder ein erhebliches produktive Rückgang eingetreten. Er in einzelnen Fällen sechs vom Hundert und mehr betrag. Die frühere Gesamtproduktion sei allerdings noch nicht wieder ganz erreicht worden. Mit der Verkürzung der Arbeitszeit sei eine Verbesserung der Löhne zwischen fünf und sieben vom Hundert Hand in Hand gegangen.“

Selbstfalls sprechen diese Urteile dafür, daß mit einer Verkürzung der Arbeitszeit nicht notwendig eine wesentliche Minderung der Produktionsleistung verbunden sein muß, vielmehr recht wohl das Gegenteil erreicht werden kann. Es ist Produktionsausfall allerdings eingetreten in solchen Betrieben, welche in ihren Einrichtungen ihren Ertragsmitteln und ihrer Organisation auf die Stufe höchster Vollkommenheit stehen. Hier dürfte eine Steigerung der Arbeitsleistungen weder bei den Menschen noch bei den Maschinen angängig sein. Gerade diese fortschrittlichen Betriebe haben aber in der Regel auch die zehnstündigen Maximalarbeitszeit, während die meisten zehnstündigen Betriebe die Vorzüge, welche die technisch vollkommeneren Betriebe vor ihnen voraus haben, durch eine längere Arbeitszeit auszureichen suchen. Die Tatsache gewissermaßen technischer Leistungsabnahme einer Minderung der Arbeitszeit ist aber auf die Dauer kein Anlaß, eine gesetzliche Maßnahme aufzuhalten, die einen sozialen und kulturellen Fortschritt bedingt. Und als ein solcher ist untreibig die gesetzliche Einführung des zehnstündigen Maximalarbeitstages anzusehen.

Zur Reform der Arbeiterversicherung

Im Januar dieses Jahres fand bekanntlich auf Veranlassung des Bezirksartells der christlichen Gewerkschaften zu Wachen ein Krankentafelkongreß dortselbst statt. In Ausführung eines Beschlusses desselben hat nunmehr das genannte Kartell an den Reichstag folgende Petition ergandt:

1. Zunächst muß Uebereinstimmung des Versicherungskreises mit dem der Invaliden-Versicherung herbeigeführt werden, insbesondere sind die Dienstboten, Arbeiter und Angestellten in Privathäusern, landwirtschaftliche Arbeiter und Heimarbeiter der Krankenversicherung zu unterstellen.

2. Dann ist eine Zentralisation der Krankenversicherung zu schaffen, derart, daß für einen Bezirk etwa von der Größe einer preussischen unteren Verwaltungsbehörde nur eine Krankenkasse besteht, je nach Bedürfnis mit mehreren Zahlstellen. Insbesondere müssen die Gemeindefrankenkassen, Betriebs- und Zunftkrankenkassen von der Zentralisation erfasst werden.

Die Verwaltung der Zentral-Krankenkasse muß als örtliches Ausführungsorgan für die übrigen Versicherungszweige ins Auge gefaßt werden.

4. An der bisherigen historisch gewordenen und bewährten Verwaltungsorganisation der Krankenversicherung darf nicht gerüttelt werden, da Unzulänglichkeiten durch das obligatorisch einzuführende Verhältniswahlrecht zu vermeiden sind.

5. Das Streitverfahren in Sachen der Krankenversicherung muß in andere Bahnen geleitet werden, da die Aufsichtsbehörden im allgemeinen als richterliche Instanz sich nicht bewährt haben und die Prozessführung bei den ordentlichen Gerichten nicht den Grundgedanken der Sozialgesetzgebung entspricht. — Bei den Zentralkrankenkassen sind paritätische Schlichtungskommissionen einzusetzen. Gegen deren Entscheidung soll die Berufung des Schiedsgericht und in letzter Instanz Revision beim Reichsversicherungsamt zulässig sein.

Aus der eingehenden Begründung entnehmen wir folgendes: Zu 1) Die Ausdehnung des Versicherungszwanges auf die genannten Arbeiterkategorien ist um deswillen dringend geboten, weil der erwähnte Personenkreis in denselben wirtschaftlichen Verhältnissen lebt wie die gewerblichen Arbeiter und ziemlich ausnahmslos in Not gerät, wenn eine ernsthafte Erkrankung eintritt. Bei den Dienstboten (speziell kommen die alten patriarchalischen Verhältnisse zum Vorschein) mehr in Betracht, die sich aus dem BGB. für den Dienstgeber ergebenden Verpflichtungen werden sehr häufig überhaupt nicht oder nur in unzureichender Weise erfüllt.

Zu 2) Die Zentralisation ist notwendig, weil bei der heutigen Zersplitterung nur den wenigsten Klassen die Erreichung der großzügigen Ziele der deutschen Krankenversicherung möglich ist. Bekanntlich hat das Krankenversicherungsgesetz eine weitgehende Ausbaumöglichkeit durch die Befähigung vorgezogen, so eine Barunterstützung bis zu 1/4 des Arbeitslohnes und eine Unterstützungsdauer bis zu einem Jahre. Ferner können Genesungsunterstützung bis zu einem weiteren Jahre und Ausdehnung der Hilfe für die im Krankenhaus befindlichen Versicherten und ihren Angehörigen eingeführt werden. Auch können die Krankenkassen zum Unternehmerrückgang einführen, Genesungsbetten und Heilstätten einrichten usw. 90 Prozent der heutigen Kasseneinrichtungen büßen an derartige, gesetzlich zulässige Ausbaupläne nicht mal denken, besonders weil der geringe Mitgliederstand die Ansammlung größerer Kapitalien unmöglich macht, und auch das Risiko auf eine zu geringe Zahl Schultern sich verteilt. Von der Zentralisation müßten insbesondere die Gemeindefrankenkassen, Betriebs- und Zunftkrankenkassen erfasst werden.

Zu 3) Zur Erledigung der vorbereitenden Geschäfte auf dem Gebiete der Unfall- und Invalidenversicherung müßte ein einheitliches örtliches Organ gebildet werden. Dieses wird erreicht durch Ueberweisung dieser Geschäfte an die Zentralkrankenkassen. Die Verwaltungsbehörden würden durch eine solche Zentralisation der örtlichen Versicherungsgeschäfte entlastet werden zum Nutzen der Versicherten und der Versicherungsträger, weil die Geschäfte von den ausreichen vorgehalten, mit dem Wesen der Sozialgesetzgebung vertrauten Beamten der Ortskrankenkasse, die auch meist die Versicherten und ihre Verhältnisse kennen, besser besorgt werden können, wie von Polizei- und Verwaltungsorganen, welche die Versicherungsangelegenheiten nur nebenher bearbeiten und häufig nur in Wesen und Zweck der Gesetzgebung eindringen. Die Versicherten hätten außerdem damit eine Anlauf- und Vermittlungsstelle in allen Versicherungsangelegenheiten, wie sie überhaupt nicht gebacht werden kann.

Zu 4) Nach zehnjähriger Praxis hat sich die bestehende Verwaltungseinteilung gut bewährt und fordert die Arbeiterenschaft, daß unter allen Umständen an diesem bewährten System festgehalten wird. Würde das bisherige Zweidrittel-Mehrheitssystem der Arbeiter in der Verwaltung der Krankenkassen beseitigt werden, so würde in weiten Kreisen der Arbeiterchaft das Vertrauen zu der Verwaltung des bedeutendsten Zweiges der sozialen Gesetzgebung schwinden. — Die Ausnutzung der Zweidrittel-Mehrheit durch die Sozialdemokratie zu politischen Zwecken kann am besten durch Einführung der Verhältniswahl verhindert werden.

Zu 5) Unbedingt notwendig ist eine grundsätzliche Reform des Strafverfahrens über Unterstützungsansprüche usw., weil dessen gegenwärtige Gestaltung nicht dem Geiste des Sozialrechts entspricht. Es fehlen die Haupterfordernisse: Schnelligkeit, Billigkeit und Vollständigkeit. Bei einer Zentralisation der Krankenversicherung wird es nicht schwierig sein, eine Schlichtungskommission anzuschließen, welche alle Streitfälle zu untersuchen und nach mündlicher Verhandlung binnen kürzester Frist zu entscheiden hat. Gegen die Entscheidung der Kommission wäre Berufung an das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung zuzulassen. Als letztes Rechtsmittel muß Revision beim Reichsversicherungsamt zulässig sein, damit die Rechtsprechung eine sichere und einheitliche bleibt.

Literarisches.

Konsum-Genossenschaft und christlich-nationale Arbeiterbewegung. Von Peter Schlad, Geschäftsführer der Konsumgenossenschaft „Eintracht“, Mülheim a. Rhein — Preis 15 Pfg., portofrei 20 Pfg.

Vorliegendes Schriftchen bietet eine gute Einführung in das bedeutungsvolle Gebiet der Konsumgenossenschaftsbewegung, Entstehung und Stand der Konsumgenossenschaften, ferner, Wesen, Zweck und Ziel derselben werden eingehend

erörtert. Auch die Einwände der Gegner werden auf ihren richtigen Wert zurückgeführt. Der unzertrennliche Zusammenhang zwischen Konsumvereinen und Arbeiterbewegung wird weiter erörtert und endlich findet noch eine Anleitung zur Gründung von Konsumgenossenschaften Platz. Das Schriftchen ist durch die Buchhandlung des Generalsekretariats zu beziehen.

Briefkasten.

Nach Bromberg. Der bald an jeder einzelfandten Versammlungsanzeige angehängte Schwanz: „Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in der Versammlung zu erscheinen“ wird regelmäßig gestrichen. Dafür steht die Aufforderung zum Versammlungsbesuch in Fettdruck an der Spitze des Versammlungs-kalenders. Das gilt dann für alle Ortsgruppen und muß auch für Bromberg genügen. — Kollege H. K. Besten Dank für die prompte Uebersendung des Artikels. Es ist übrigens Pflicht aller Ortsgruppenleiter — selbstverständlich auch der Beamten — alle unsern Verband betreffenden wichtigen Artikel aus den Tagesblättern sofort an die Zentrale einzusenden, da wir hier unmöglich alle Zeitungen halten können. Leider wird darin noch vieles vernachlässigt.

Sterbetafel.



Brebach Caor. Am 22. Mal starb unsere Kollege Johann Raab, Hüttenarbeiter, an Lungenschwindsucht im Alter von 26 Jahren.

Schramberg. Am 21. Mai starb unser Kollege Adolf Armbruster an einem Magenleiden.

Wülfeln. Unser Kollege und Vertrauensmann Joseph Püg starb am 24. Mai im jugendlichen Alter von 22 Jahren infolge eines Nierenleidens.

Obernfels. Am 25. Mai starb unser Kollege Theodor Leier im Alter von 25 Jahren infolge eines Betriebsunfalles.

Wülfeln. Am 30. Mai verschied nach kurzer Krankheit infolge eines Lungenleidens unser langjähriges Mitglied, Kollege Heinrich Püg, im Alter von 50 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Südwestdeutscher Bezirk. Sonntag, den 14. Juni, vormittags 1 1/2 Uhr findet im Lokale „zum Bären“ **Schramberg**, die diesjährige Bezirkskonferenz statt. Die Tagesordnung ist den Ortsgruppen durch die schriftliche Einladung bekannt gegeben worden. Kollegen, welche schon Samstag abend eintreffen, wollen dies schon früh genug mitteilen. Die Bezirksleitung.

Versammlungs-Kalender

Bochum. Sonntag, den 14. Juni, morgens 11 Uhr im christl. Gewerkschaftshaus, Miemelhauser 13.

Commern. Sonntag, den 14. Juni, vorm. 11 Uhr Generalversammlung bei Wirt B. Mitz.

Duisburg-Großenbaum. Montag, den 8. Juni, morgens 10 1/2 Uhr bei Wömer in Buchholz.

Dortmund (Bezirk Böck). Montag, den 8. Juni, vorm. 11 Uhr Mittagsversammlung im Rest. „Konordia“ Vorplatz.

Erkerswick. Samstag, den 6. Juni, abends 8 Uhr bei Stauch.

Gelsenkirchen. (Ortsverwaltung). Mittwoch, den 10. Juni abends 8 Uhr allgemeine Vorstands- und Vertrauensmännerführung bei Dries.

Hattingen. Sonntag, den 14. Juni, morgens 11 Uhr bei Haumar.

Herne. Dienstag, den 9. Juni, abends 8 1/2 Uhr bei Moser Franz.

Ortsgruppe Katt. Samstag, den 16. Juni, abds. 9 Uhr findet eine Versammlung mit Damen im Lokale Schorcht statt.

Sektion Niederscheden, Ortsgruppe Siegen, fällt bis auf weiteres ihre Monats-Versammlung jeden zweiten Sonntag im Monat ab im Lokale des Herrn Wawrirts Döring.

Oberhausen II. Donnerstag, den 11. Juni, abends 8 Uhr Mittagsversammlung bei Wirt Baumwetter Daisstraße. Vortrag Kollege Oberhoffel.

Delbe. Am 2. Pfingstfeiertag, vorm. 11 Uhr bei Sommer Referent Kollege Weinbrunner.

Siegenland. Sonntag, den 14. Juni, finden in Beyhoff im Saale des Gasthofes zur Sonne (W. Brabed) morgens 11 Uhr und nachmittags um 4 Uhr in Rieden im Saale des Gasthofes zum Bahnhof (jezt Müller, früher Herr: öffentliche Versammlungen statt, in welcher Kollege Veramann-Duisburg über „Christliche Gewerkschaften: ed.: katholische Fachabteilungen“ sprechen wird. Die Kollegen der umliegenden Zahlstellen sind freundlichst eingeladen.

Wassau. Am 6. Juni, abends 8 Uhr Vorstands- und Vertrauensmännerführung beim Kassierer Feinbach.

Witten. Sonntag, den 14. Juni, morgens 11 Uhr bei Widdede.

Flugzettel :: :: :: Plakate
Eintrittskarten :: Mitgliedskarten
Programme :: :: Liedertexte
Statut-Abdrücke, überhaupt alle
Vereins- und Privat-Drucksachen

liefern wir in kürzester Zeit, auf Wunsch innerhalb eines Arbeitstages. Billigste Berechnung. Prompte Ablieferung per Postpaket.

:: :: :: Genossenschaftsdruckerei :: ::
König vom Niederrhein, Duisburg